

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 8. Juni 1908

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Sunder), Wilhelmstraße, Post-Bezirk 10, Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

### Inhaltsverzeichnis.

Alte Lehre. — Schulpeisung. Von Luise Kautsky. III. — Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Von Martha Hoppe. — Vom Elend der Kellnerinnen. Von G. — Siebter Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Von E. D.

Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauenspersonen der Siroslunder Genossinnen. — Die Berliner Genossinnen im Landtagswahlkampf. — Emilie Wahn + — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl. — Die Heranziehung der Frauen in die Verwaltungsborgane der Konsumvereine.

Notizenteil: Dienstoffentzage. — Frauenstimmrecht. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens.

Heute: Des Agenten Erzählung. Von Mark Twain.

### Alte Lehre.

Die Wahlkämpfe zum preussischen Klassenparlament ist bereits geschlagen, wenn diese Nummer in die Hände der Leserinnen gelangt. Ein so mühsames Beginnen es wäre, über ihren Ausfall zu prophezeien, eine so klare, unzweideutige Lehre für das Proletariat lassen Charakter und Verlauf des Wahlkampfes heute schon in Erscheinung treten. Im Kampfe für ein wirklich allgemeines, gleiches Wahlrecht versagen nicht bloß die bürgerlichen Parteien, welche sich in ihren Programmen und Aufrufen als Anhänger des demokratischen Prinzips gebärden, sondern die bürgerlichen Klassen selbst, die hinter den Parteien stehen. Lieber beugt das Bürgertum seinen Nacken demütig unter das Joch der schimpflichsten Reaktion, als daß es der Arbeiterklasse volles politisches Recht gönnen würde. Diese bleibt im Kampfe dafür auf ihre eigene Kraft angewiesen, und auf sie allein.

Den gegenwärtigen Wahlkampf als Wahlrechtskampf zu führen, war wenn je, dann in der vorliegenden Situation eine Pflicht, eine Notwendigkeit für alle bürgerlichen Parteien, welche sich prinzipiell zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht bekennen. Was aber gibt dem Auftreten dieser Parteien das Gepräge? Der vollständige Verzicht auf den Versuch, durch eine kraftvolle Agitation in den bürgerlichen Klassen eine Wahlrechtsbewegung zu entfesseln, welche die Dreiklassenschmach niederreißt. Der grundsatzloseste, schmutzigste Schacher um Mandate. Die Wahlrechtsforderung ist diesen Parteien nichts, das Mandat alles. Freisinn und Zentrum sind in dieser Hinsicht einander wert. Um sich Mandate zu sichern, verbündet sich das Zentrum mit den Konservativen, verhandelt der Freisinn im Abgeordnetenhaus an Nationalliberale und Konservative, wie das Geschäft es gerade fordert. Und das, obgleich Konservative wie Nationalliberale Feinde eines demokratischen Wahlrechts für Preußen sind, die sich kaum noch in der Nuance ihrer Feindschaft gegen dieses voneinander unterscheiden. Der Freisinn tauscht obendrein den Bruderschmach mit den konservativen Wahlrechtsfeinden hier und da zu dem ausgesprochenen Zweck, die Sozialdemokratie aus dem Felde zu schlagen, die doch die entschiedenste, zuverlässigste Kämpferin für das Bürgerrecht der Massen ist. Noch schillernder erscheint sein Treiben, wenn man es im schillernden Farbenspiel der Phrasen betrachtet, mit denen er sein „unentwegtes“ Festhalten an der Wahlrechtsforderung verkündet und das Heer des kämpfenden Proletariats als Schrittmacher der Reaktion verleumdet. Die Lücke, mit welcher Zentrum und Freisinn um die Wette dem Wahlrecht in den Rücken fallen, während sie ihm Treue versichern, läßt fast die unerbittliche Brutalität sympathisch erscheinen, mit der sich die Konservativen gegen eine Wahlrechtsreform wenden.

In den bürgerlichen Klassen aber erhebt sich kein Sturm der Entrüstung, welcher dem Gaukelspiel der Parteien ein Ende bereitet und sie in den Wahlrechtskampf peitscht. Woher sollte ihnen auch die Kraft kommen, die Wolken zum Wetter zusammenzuballen, welches das Dreiklassenrecht fortsetzt und die politische Zwingsburg der Selbstherrschafft bricht! Aus dem Ruhm einer Ver-

gangenheit voll glorreicher Kämpfe, um Junkerherrschaft und Absolutismus zu Boden zu schmettern und ein Reich bürgerlicher Freiheit zu errichten? Aber die bürgerlichen Klassen Deutschlands haben keine solche Vergangenheit. Rascher, bedingungsloser als das Bürgertum Englands und Frankreichs haben sie der Konturrevolution in den Sattel geholfen, haben sie mit Absolutismus, Junker- und Pfaffenherrschaft paktiert, weil sie das nachdrängende Proletariat fürchteten, das ihnen weniger in der deutschen Revolution selbst wie in der Pariser Junischlacht als bedrohlicher Mahner und Erbe erschienen war. Aus einer begeisterten Ideologie, in der sich das Sehnen von Millionen in großen Gegenwartszielen und hehren Zukunftsidealen kristallisiert, und die als wegweisend respektiert wird? Aber die großzügigen Prinzipien, welche die bürgerlichen Klassen einst ihrem politischen Emanzipationskampf vorausstrugen, wurden wohl aus den realen Bedürfnissen einer bestimmten geschichtlichen Periode geboren, sie vermögen jedoch nicht unter gewandelten Zeitumständen die bürgerlichen Klasseninteressen zu beherrschen und zu gestalten; aus richtung- und zielgebenden Sternen sind sie zu lästigen „dogmatischen“ Reflexen der Vergangenheit geworden, die nur noch als Augenblinder für die Massen gut genug sind. Aus dem Interesse, das bis zu einem gewissen Grade das gesamte Bürgertum, die Großbourgeoisie inbegriffen, an dem Sturze des Junkerregiments, an der Junghämmerung Preußens zu einem wirklich modernen Staat hat; aus dem Interesse, das große bürgerliche Schichten an der Demokratisierung des Wahlrechts insbesondere haben? Aber die Entwicklung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen ist so weit vorgeschritten, daß alle Interessengegenstände innerhalb der ausbeutenden Klassen selbst hinter dem einen großen Gegensatz zu den ausgebeuteten Massen zurücktreten. Das Bürgertum als Ganzes teilt seine Macht lieber mit der Junkerkaste als mit dem Proletariat; das Vorrecht dieser zieht es dem gleichen Recht jenes vor; seine Furcht vor einer sozialen Revolution der Zukunft ist größer als seine Empörung ob der drückendsten Reaktion in der Gegenwart. Die Bourgeoisie bedarf zwar des Parlamentarismus als eines Werkzeuges ihrer politischen Herrschaft, aber keineswegs des demokratischen Wahlrechts, umgekehrt: ein Wahlrecht, das die millionenköpfige Masse der Dabeinichtigen politisch einflußlos als Heloten hält, dient ihren Geschäften weit besser. Jene bürgerlichen Kreise aber, deren wirtschaftliche Existenzbedingungen sich mehr und mehr denen des Proletariats annähern, und die daher gleichfalls des unbeschränkten Wahlrechts bedürften, sind heute noch derart durch tausend soziale Fäden mit der eigentlichen Bourgeoisie verbunden, fühlen sich in einem so schroffen Gegensatz zum Proletariat, daß sie nicht als selbständig wirkende Kräfte diese über die Vertretung ihrer engsten Klasseninteressen hinauszutreiben vermögen. Sie sind gegenwärtig Gefolge der Reaktion, nicht Sturmkolonnen der Demokratie.

Gewiß: die bürgerlichen Klassen verraten in dem Wahlkampf ihre Vergangenheit, jedoch nur insoweit, als sie diese verraten müssen, um ihren Klasseninteressen treu zu bleiben. Ihr Verhalten zeigt konsequent die bürgerliche Klassenpolitik der deutschen Revolutionszeit fort. Und ihren Bund mit Halbabsolutismus und Junkertum, ihre fortschreitende Konzentration mit allen Reaktionen zusammen zur Abwehr einer durchgreifenden Wahlrechtsreform wird kein noch so gütliches und verständiges Zureden über die Notwendigkeit aufhalten, alle „fortschrittlichen“ Gesinnungen zum großen Kulturbunde gegen preussische Rückständigkeit“ zusammenzuschließen, „Westelbien gegen Ostelbien“ zu mobilisieren. Ja sogar wenn das Proletariat die feinsüßlichen Ohren und Nerven der Besitzenden mit der „höflichen Frechlegende“ verschonen und sich in einen salonreinen Reformpubel verwandeln wollte, würde es außerstande sein, die Klassenfurcht der bürgerlichen Welt zu entwaffnen und das Bürgertum zu kraftvollem Kampfe für das Recht der Massen in die Schranken zu rufen. Mag das Proletariat noch so „maßvoll“ und „vernünftig“ auftreten, es kann nicht den Krater der Interessengegenstände zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten

verschließen. Und aus ihm muß immer wieder mit eruptiver Gewalt die glühende Lohe des Klassenkampfes hervorbrechen. Darüber gibt sich die bürgerliche Welt selbst keiner Täuschung hin. Klassen, die zur Herrschaft gelangt sind, erwachen sehr bald aus ihren Menschheitssträumen zum scharfen Bewußtsein des unüberbrückbaren Gegensatzes, der sie von den Beherrschten scheidet. Der Besitz macht scharfsüchtig, scharfsüchtiger noch die Furcht, ihn zu verlieren. In ihrer heißen Sehnsucht nach einem Empor aus den sozialen Niederungen zu frei entfaltetem, gleichgewertem Menschentum, in jener Sklavengesinnung auch, die der größte Fluch der Knechtung ist: ringen sich dagegen die ausgebeuteten und beherrschten Massen nur langsam zu der Erkenntnis durch, daß unveröhnliche Interessengegenstände sie von ihren Ausbeutern und Herren trennen. Langsam nur stirbt an der Logik der Tatsachen, der Erfahrungen eine Illusion nach der anderen, daß sie von dem Entgegenkommen der herrschenden Klassen mehr zu erwarten haben als von ihrer eigenen Kraft. An dem Grabe der einen hingeworfenen Selbsttäuschung pflanzt das Proletariat immer wieder die Hoffnung auf, und sein Emanzipationskampf ist in gewissem Sinne die Emanzipation von seinen Illusionen über die herrschenden Klassen.

Wenn der seitherige Verlauf des Wahlkampfes in Preußen auch den letzten Schimmer der Aussicht verlöscht, als könne heute das Proletariat seine Schlachten für die politische Demokratie im Bunde mit dem Bürgertum schlagen, so fördert er das Ringen gegen die Dreiklassenschmach auf das wirksamste. Denn er verweist die entrechteten Massen auf die Vorbedingung ihres künftigen Sieges: auf die zielklare Entfaltung ihrer eigenen Macht. Was er ihnen in dieser Beziehung sagt, ist gewiß eine alte Lehre. Aber unter gewissen Umständen ist es wertvoller, eine alte Wahrheit neu bestätigt zu erhalten, als eine neue Weisheit zu finden.

### Schulpeisung.

Von Luise Kautsky.

III.

Im Mai 1877 teilte der Seinepräfect den verschiedenen Schulfonds mit, daß die Stadtverwaltung beschloffen hätte, Erhebungen darüber anzustellen, wie man allen Kindern täglich eine gute, nahrhafte warme Mahlzeit verschaffen könne. Zuerst lauteten die Antworten nicht ermutigend, denn die Schulfonds rechneten aus, daß eine solche Mahlzeit unter 25 Cts. (20 Pf.) nicht herzustellen sei, daß also ihre Einführung bei weitem die verfügbaren Mittel überschreite. So ließ man die Anregung einfließen fallen, bis sie im Februar 1881 wieder aufgenommen wurde. Der Distrikt von Montmartre wollte das Wagnis der allgemeinen Schulpeisung übernehmen. Seinem Beispiel folgten bald andere, die Stadtverwaltung votierte Hilfsfonds, und ein Bericht über das Jahr 1884/85 durfte schon verkünden, daß 15 Kantinen 1110827 Portionen warmes Essen verteilt hatten; ein Drittel davon waren Suppen, ein zweites Drittel Gemüse, das dritte Drittel Fleischportionen gewesen. Für 736526 Portionen hatten die Kinder 36776 Fr. gezahlt, 374301 Portionen waren gratis verabfolgt worden. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 59264 Fr. 95 Cts. Damals moß die verabreichte Fleischration 15 bis 20 Gramm und kostete den Schulfonds 0,0578 Fr. Bald aber konnte durch die geeignete Leitung und gewissenhafte Überwachung die Ration Fleisch auf 20 bis 25 Gramm erhöht, die Kosten auf 0,045 Fr. erniedrigt werden.

So war der erste Schritt zur Schulpeisung getan. Freilich hatten der Einrichtung noch zahlreiche Mängel an, so wird in Paris, wie in den meisten anderen Städten, immer noch der Unterschied zwischen zahlenden und unentgeltlich bediensteten Kindern gemacht. Nur das eine Städtchen Verceil macht unseres Wissens davon eine rühmliche Ausnahme.

\* Der „Lance“-Berichterstatter gibt sich allerdings der Illusion hin, daß nur die Person, die die Spielmarken verteilt, wissen könne, welches Kind bezahle und welches nicht. Das macht seinem ethischen Empfinden und Wünschen alle Ehre, nicht aber seiner Kenntnis des kindlichen Wesens. Es ist kaum anzunehmen, daß auch nur ein Kind auf die Dauer so verschwiegen sein wird, zu verheimlichen, ob es bezahlt hat oder nicht. Außerdem würde das Verschweigen dieser Tatsache aus ethischen, politischen oder sonstigen moralischen Gründen bei Kindern eine gewisse Hilfe voraussetzen, die sie eben schlechterdings nicht besitzen können.



Dort herrscht der Grundsatz, gleiches Recht für alle: arm wie reich hat an dem Mahle teilzunehmen, das die Stadt ihren Volksschülern bietet. Immerhin scheint Paris sich noch nicht reich genug zu dünken, um sich zu solcher durchgreifenden Maßregel zu entschließen. In allen Klassenberichten spielt die Einnahme für die verabreichten Portionen noch eine große Rolle.

Es wurden zum Beispiel verabreicht:

1891: unentgeltliche Portionen . . .	3 432 129
bezahlte . . . . .	3 116 591
1894: unentgeltliche . . . . .	4 961 610
bezahlte . . . . .	3 205 646

Der Bericht verzeichnet schmerzhaft die Zunahme der unentgeltlichen Portionen und die Abnahme der bezahlten und fügt hinzu, für 1895 sei eine noch ungünstigere Verschiebung zu erwarten. Von 1894 an liegen uns Ziffern vor, die wir auszugswweise den Leserinnen der „Gleichheit“ wiedergeben. Sie rücken die lächerlich geringe Summe in das rechte Licht, welche der Berliner Gemeinderat, getrieben durch das Drängen seiner sozialdemokratischen Fraktion, für Schulspeisung zur Verfügung gestellt hat. (Siehe Nr. 1 der „Gleichheit“ 1908.) Im Jahre 1894 hatten die Schulkantinen eine Gesamtausgabe von 1 200 944,25 Fr. zu verzeichnen. In den Einnahmen figurieren folgende Posten: Überschüsse vom vorhergehenden Jahre 78 717,22 Fr., Erlös aus den bezahlten Portionen 329 925,15 Fr., Zuschuß von den Schulklassen 36 472,21 Fr., Zuschuß von der Gemeinde 787 680 Fr. Die Zahl der Kantinen betrug 362, die der gespeisten Schulkinder 167,170. Um unsere Leserinnen nicht zu ermüden, wollen wir für die nächsten Jahre nur die Gemeindeforschüsse verzeichnen, da es uns in diesem Artikel hauptsächlich auf diese Ziffern ankommt.

Es betragen dieselben:

1895 . . . . .	833 625 Fr.
1896 . . . . .	860 296 .
1897 . . . . .	912 885 .
1898 . . . . .	870 715 .
1899 . . . . .	1 017 695 .

Für die nächsten Jahre liegen genaue Ziffern nicht vor. 1905 wurden von der Stadt Paris 1 020 000 Fr. als Zuschuß für die Kosten der Schulspeisung aufgewendet, 1906 wurde eine Million Franken, 1907 1 050 000 Fr. verausgabt.

Es bleibt nur noch zu berichten, worin die Nahrung besteht, die Paris seinen Schülern vorsetzt. Der „Lancet“-Berichterstatler äußert sich darüber sehr enthusiastisch und mit vielen Seitenhieben auf die unschmackhafte englische Kochkunst, die es nicht versteht, so manche nahrhafte Gemüße zuzubereiten, die mit der Herstellung eines schmackhaften Suppenfleisches und der daraus gewonnenen Fleischbrühe absolut unvertraut sei, und die überhaupt von der französischen Kochkunst noch viel zu lernen habe. Die Speisefolge an den verschiedenen Tagen der Woche stellt sich ungefähr so dar: dreimal wöchentlich Fleischbrühe, zweimal Gemüsesuppe, zweimal wöchentlich Suppenfleisch, dreimal gebratenes Rind-, Kalb-, Hammel- oder Schweinefleisch; als Zusatz wechseln verschiedene Hülsenfrüchte mit Kartoffelbrei, Makaroni mit Käse, Reis in dicker Milch oder den frischen Saisongemüßen ab.

Über die Schulspeisung im 20. Arrondissement liegen uns für 1905 genaue Ziffern vor. Es gab im Bezirk 19 614 Schüler. Verteilt wurden 640 049 Gratisportionen, 396 275 bezahlte Portionen verschiedener Kategorie zu 15 und 10 Cts., zusammen 976 324 Portionen, die in 84 Schulkantinen für 52 Schulen von 45 Köchinnen und Küchenmädchen hergestellt wurden. Die einzelnen Ausgaben stellten sich folgendermaßen:

	Fr.
Fleisch . . . . .	50 102,13
Wurfszeug . . . . .	15 389,73
Trockene Gemüße . . . . .	14 988,35
Grüne Gemüße . . . . .	1 239,30
Kartoffeln, Gewürze, Spezereien usw. . . . .	20 769,65
Gebäd . . . . .	727,45
Makaroni . . . . .	6 843,60
Getränke . . . . .	52 45
Tisch- und Küchenwäsche . . . . .	1 887,85
Feuerungsmaterial . . . . .	6 254,04
Erhaltung u. Erneuerung des Mobiliars usw. . . . .	2 880,07
Löhne des Personals . . . . .	22 570,—
Administrations- und Erhaltungskosten . . . . .	3 219,72
Diverse Ausgaben (Postspesen, Druckkosten, Trinkgelder usw.) . . . . .	316,80
Summa 146 235,14	

Der Unterricht beginnt um 8 1/2 Uhr; die Fälle, wo Kinder ganz nüchtern zur Schule kommen, sollen in Paris selten sein; ist es der Fall, so erhalten die Betreffenden ein Stück Brot. Die warme Mahlzeit wird um 11 1/2 Uhr verabreicht. Um 4 Uhr ist der Unterricht zu Ende, und „man hofft“, daß zu der in Frankreich allgemeinen Essensstunde, etwa um 6 Uhr, den Kindern das eigentliche Mittagessen verabreicht wird. Doch drängt sich auch dem wohlmeinenden Berichterstatter des „Lancet“ die Überzeugung auf, „daß für viele Kinder das mittägliche Frühstück, das sie in der Schule bekommen, wohl die einzige zufriedenstellende Mahlzeit ist“. Kinder, die um 4 Uhr nicht heimgehen können, da das Haus leer ist, weil beide Eltern auf Arbeit sind, dürfen bis 7 Uhr in der Schule bleiben, wo sie spielen oder ihre Aufgaben machen. In diesem Falle bekommen sie noch eine Art Vesper, das aus Brot mit Butter oder Marmelade besteht. — Von der Reinlichkeit der Schulkantinen weiß der Berichterstatter nicht genug Rühmliches zu erzählen.

Da die Frage der Schulspeisung in England noch in den allerersten Anfängen, sozusagen in den Windeln liegt, so geht durch das ganze Büchlein die immer wiederkehrende Aufforderung, man möge es dort den gegebenen Beispielen

nach tun. Das Fehlen der Schulkantinen in England läßt dem Verfasser das anderswo Bestehende im rosigen Lichte erscheinen. „Zieht man nicht auf diese Art ein gefundenes Vork, eine kräftige Masse heran?“ fragt er begeistert am Schlusse des Berichts aus Paris. Wie bescheiden ist doch die bürgerliche Ethik, von deren Standpunkt aus der Bericht geschrieben ist, in ihren Forderungen an die Gesamtheit, wie läßt sie sich durch Palliativmittel blenden und einlullen. Sie sieht nichts als Vollkommenes auch dort, wo es noch unendlich viel zu fordern, zu tun gibt.

Da redet der „Travailleur“, das in Lille erscheinende Organ der Fédération du Nord der französischen Arbeiterpartei eine andere Sprache. In einem am 18. Januar 1908 erschienenen Artikel, in dem er einen kurzen statistischen Rückblick auf die Leistungen der Schulkantinen in Lille gibt, flüßiert er kurz und präzis die unumgängliche Notwendigkeit von Schulkantinen in industriellen Städten, „wo die Kinder sonst nicht zur Schule könnten, da man mit leerem Magen nicht lernen kann“. Und „in der Vereinigung von geistiger und leiblicher Nahrung“, in der der Reporter des bürgerlichen „Lancet“ schon die Lösung der sozialen Frage erblickt, da sieht der Sozialdemokrat „erst den Embryo der Erziehung der Zukunft“. In Lille werden gegenwärtig die Mahlzeiten in 12 Kantinen von Elementarschulen und in 25 Kleinkinderschulkantinen verabreicht. Die Kinder von 3 bis 6 Jahren essen in ihren Schulküchen, die Kinder von 6 bis 13 Jahren, also die eigentlichen Volksschüler, nehmen ihre Mahlzeit in eigens hergestellten Räumen ein, die entweder der Stadt gehören oder von ihr gemietet sind.

Mit wenigen Ausnahmen erfolgt die Speisung unentgeltlich, für die zahlenden Schüler ist der Preis pro Mahlzeit auf 10 Cts. (3 Pf.) festgesetzt. Die Mahlzeiten sind folgendermaßen zusammengestellt: Montag: Wassersuppe, Wurst mit Gemüse im Winter, Eierkuchen und Bohnen mit Speck im Sommer; Dienstag: Fleischbrühe, gekochtes Fleisch mit Gemüse in jeder Saison; Mittwoch: Wassersuppe, geschmortes Fleisch mit Gemüse oder Gebratenes zu jeder Saison; Freitag: Wassersuppe, harte Eier und Bohnensalat oder Kartoffelsalat im Sommer, Makaroni mit Käse oder Thunfisch mit Bohnensalat im Winter; Sonnabend: Fleischbrühe, gekochtes Fleisch mit Gemüse zu jeder Saison. Zu jeder Mahlzeit erhalten die Kinder Brot und Bier. Donnerstags ist in Frankreich schulfreier Tag.

Die Köchinnen bekommen 53 Fr., die Küchenmädchen 45 Fr. pro Monat. Die Bekehrkräfte, die die Kinder während der Mahlzeiten überwachen müssen, beziehen für diese Nebenleistung 20 Fr. monatlich.

Die Ausgaben beliefen sich auf

Jahr	Schüler	Portionen	Ausgaben Fr.
1897 . . . . .	4213	54 251	71 251,34
1898 . . . . .	4669	899 671	112 692,20
1899 . . . . .	4928	891 144	121 256,84
1900 . . . . .	5698	1 059 879	138 636,—
1901 . . . . .	6081	1 161 440	131 268,62
1902 . . . . .	6130	1 201 349	136 268,96
1903 . . . . .	6600	1 173 675	139 604,03
1904 . . . . .	6604	1 135 677	139 680,39
1905 . . . . .	6178	1 099 680	140 006,20
1906 . . . . .	6213	1 112 092	138 042,46

Von 1896 bis 1904 haben die Sozialisten, die die Schulspeisung in Lille ins Leben riefen, dieselbe allein geleitet. Seit 1904 herrscht wieder ein reaktionäres Stadtparlament. Doch wagte es nicht, diese sozialistische Schöpfung anzutasten, um nicht den allgemeinen Volkswillen herauszufordern, und so die gewonnenen Siege wieder zu gefährden.

### Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in der Textilindustrie.

Von Martha Hoppe-Berlin.

Referat, gehalten auf der Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes zu Leipzig.

Das immer weitere Vordringen der weiblichen Arbeitskraft in unserer Industrie macht die Frauenfrage für unsere Organisation zu einer brennenden. Wohl in keiner Industrie hat die Frauenarbeit eine solche Verbreitung gefunden wie in der Textilindustrie. Die wachsende Not in Arbeiterkreisen und das Verlangen der Unternehmer nach billigen Arbeitskräften treiben Tausende von Frauen in die Fabriken. Der Zwang, zu verdienen, läßt sie ihre Arbeitskraft um jeden Preis verkaufen. Auch andere wichtige Umstände noch bewirken, daß die Frauenarbeit besonders billig ist, billiger als Männerarbeit. So wirkt sie verschlechternd auf die Arbeitsbedingungen der männlichen Arbeiter zurück. Die lohnrückende Tendenz der Frauenarbeit ist der Grund, daß der Textilarbeiter heute noch, trotz der Entwicklung der Industrie zur Weltindustrie, das Odium der schlechtestentlohnsten Arbeiterschaft anhaftet. Der Frauenerwerb als Massenerscheinung mußte sich die Aufmerksamkeit der Männer zuwenden. Weil die Frauenarbeit aber aus dem Produktionsprozeß nicht entfernt werden kann, erwuchs für die männlichen Arbeiter die Pflicht, sich der Organisierung der weiblichen Arbeiter anzunehmen, schon um der Gefährdung der eigenen Existenz vorzubeugen. (Sehr richtig!) Aber die Segnerchaft den arbeitenden Frauen gegenüber hat ein großer Teil der Arbeiter noch immer nicht ganz aufgegeben. So sehr die Frauenarbeit zu begrüßen ist, weil sie die Frau frei und selbständig machen kann, so wenig trägt die billige Frauenarbeit zur wirtschaftlichen Befreiung der Frau bei, sie drückt vielmehr die Löhne der gesamten

Arbeitererschaft. (Sehr wahr!) Die niedrige Entlohnung der Frauenarbeit steht in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung im Produktionsprozeß. Höhere Bewertung der Frauenarbeit wird aber erst eintreten, wenn die weibliche Arbeiterschaft sich zum Bewußtsein der eigenen Bedeutung und zur richtigen Bewertung der eigenen Arbeitsleistung durchgerungen hat. Die andauernde Zunahme der weiblichen Mitglieder in unserer Organisation beweist, daß die Schar derer, die die Unwürdigkeit ihrer Lage begreifen, ständig größer wird, und daß die weibliche Arbeiterschaft sich mehr und mehr dem Organisationsgedanken zugänglich zeigt. Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder legt Zeugnis ab, daß die Arbeiterinnen, aufgerüttelt durch die Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaftsordnung, den Textilarbeiterverband als ihre wirtschaftliche Interessenvertretung anerkennen. (Sehr richtig!) Auf der Generalversammlung in Bera 1898 zählten wir 9750 weibliche Mitglieder, im Böhmisch 1900 waren es 6892, in Kassel 4288, in Hannover 18 998, in Mühlhausen 25 940, und heute können wir auf die stattliche Zahl von 46 457 weiblichen Mitgliedern blicken. (Hört, hört!)

So können wir vielleicht mit einiger Genugtuung auf die bisher geleistete Arbeit zurückschauen, aber wir können trotzdem noch lange nicht mit dem Organisationsverhältnis zufrieden sein, denn es sind nur etwa 10 Prozent unserer Kolleginnen organisiert. Weit über die Hälfte aller in der Textilindustrie beschäftigten Personen sind aber weibliche. Noch bemerkenswerter ist, daß die Hälfte der Textilarbeiterinnen verheiratete Frauen sind, ja daß nach statistischen Aufstellungen die Hälfte aller verheirateten Arbeiterinnen in Deutschland überhaupt in der Textilindustrie tätig ist. (Hört, hört!)

Da die Löhne der Arbeiterinnen erheblich niedriger sind als die Männerlöhne und für die Lohnforderungen der Männer ein starkes Hemmnis bilden, ist es unbedingt notwendig, der Organisierung der Arbeiterinnen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Arbeiterinnen müssen mehr und mehr davon überzeugt werden, daß sie bei ihrer Bedeutung im Produktionsprozeß durch die Organisation nicht nur ihre eigene, sondern die Lage der gesamten Arbeiterschaft zu verbessern imstande sind. Dazu ist es aber nötig, den organisierten Arbeiterinnen zunächst zum Bewußtsein zu bringen, daß den gleichen Rechten, die sie innerhalb der Organisation genießen, auch die Erfüllung gleicher Pflichten zur Seite stehen muß.

Die Entwicklung der Industrie und mit ihr die Bedeutung, die die Frauenarbeit im Rahmen dieser Entwicklung erlangte, hat die schnelle Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte ermöglicht. Die Organisation befindet sich heute einer Sache gegenüber, welche die Mitarbeit der Frauen gebieterisch fordert. Daß die Arbeiterinnen es bisher noch nicht zu einer großzügigen gewerkschaftlichen Betätigung gebracht haben, sondern meist nur zahlende Mitglieder ihrer Gewerkschaft sind, liegt vielleicht mit daran, daß die unterdrücktesten, ausgebeutetesten Arbeiterschichten am wenigsten den Mut finden, sich praktisch zu betätigen. Die jahrhundertelange Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Arbeiterinnen als Frauen rächt sich heute.

Die Organisierung der Arbeiterinnen ist in jeder Organisation das Schmerzenskind, aber gerade deshalb ist es notwendig, die Arbeiterinnen von ihrer Bedeutung im wirtschaftlichen Kampf zu überzeugen und sie zur praktischen Mitarbeit zu erziehen. (Sehr richtig!) Solche zu praktischer Mitarbeit erzogene Kolleginnen würden ganz erheblich zur Gewinnung der indifferenten Arbeiterinnen beitragen und so in der örtlichen Agitation eine große Hilfe sein. Der Wunsch nach weiblicher Mitarbeit ist auf der vorigen Generalversammlung bereits zum Ausdruck gebracht und auch erfüllt worden, aber die großen Agitationstouren haben, wie aus den Berichten hervorgeht, nicht dem Zweck entsprochen. Der örtlichen Agitation scheint also wieder der Vorzug gegeben zu werden, und dazu ist die Mitarbeit von Frauen notwendig. Wie aber gewinnt man die Arbeiterinnen dafür? Zunächst müssen die Arbeiter in der Arbeiterin die Kollegin, die Mitarbeiterin sehen, deren Rat und Erfahrung sie hochschätzen. Wie unterschätze man ihrerseits die Bedeutung der weiblichen Mitarbeit, nie lasse man den Glauben aufkommen, diese Mitarbeit sei nur gebildet, weil man den weiblichen Mitgliedern kleine Konzessionen machen müsse. Nein, man suche die Freude der weiblichen Mitglieder an ihrer gewerkschaftlichen Arbeit dadurch wach und reg zu erhalten, daß man die Frauen von dem hohen Wert ihrer eigenen Betätigung zu überzeugen versteht! Man überweise ihnen Organisationsarbeiten, stelle sie vor Aufgaben, und sie werden sie auch zu lösen wissen. (Sehr gut!) Ist ein Mißerfolg zu verzeichnen, was tut's? Auch die Männer haben sich erst mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und den Arbeiten in ihren Organisationen zu dem entwickelt, was sie heute sind.

Noch viele Mitglieder, selbst solche, die in den örtlichen Verwaltungen an leitender Stelle stehen, halten es nicht für nötig, ihre arbeitenden Frauen und Töchter zu organisieren. (Hört! hört!) Nicht, daß sie im Prinzip gegen die Organisation der weiblichen Arbeiterschaft sind. O nein, sie geben sich ja alle Mühe, diese für die Organisation zu gewinnen, aber die eigenen weiblichen Familienangehörigen dem Verband zuzuführen, halten sie gewöhnlich für ganz überflüssig. Und das Schlimmste ist, es kommt ihnen gar nicht zum Bewußtsein, welcher Nichtachtung sie sich der Organisation und der weiblichen Arbeiterschaft gegenüber schuldig machen. Welche Antworten würden solche Kollegen in Bereitschaft haben, wenn sie



einer Versammlung sich mit aller Bereitschaft für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiterinnen ins Zeug gelegt hätten, und aus den Reihen der Arbeiterinnen würde die Frage laut: Warum fangt ihr denn nicht bei euren Frauen und Töchtern an zu organisieren. In dieser Beziehung muß ein Wandel eintreten. Unsere beamteten Kollegen müssen ihr Augenmerk darauf richten, daß die Leiter der Filialen dazu angehalten werden, auch ihre erwerbstätigen weiblichen Familienmitglieder der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Das gute Beispiel wirkt um vieles besser als die schönsten Worte. (Sehr richtig!)

Wir haben 87 Ortsverwaltungen ohne weibliche Mitglieder, es erscheint aber ganz ausgeschlossen, daß dort keine Arbeiterinnen zu organisieren sind. Dagegen haben wir einige 70 Filialen mit mehr weiblichen als männlichen Mitgliedern, und selbst in diesen sieht es mit der Mitarbeit der organisierten Frauen traurig aus. Oft genug hört man die Arbeiterinnen Klage darüber führen, daß ihnen das Mitarbeiten von den Kollegen systematisch verleidet wird. Wenn man dann von Angestellten sogar hört, daß die Frauen innerhalb des Verbandes nach der Macht streben, so muß man denken, sie fürchteten, durch die sich durchsetzende weibliche Intelligenz verdrängt zu werden. So wenig, wie die Frauenarbeit aus der Welt geschafft werden kann, wird man aber die Betätigung der Kolleginnen an praktischen Organisationsarbeiten aus egoistischen Motiven aufzuhalten vermögen. Eine Zunahme der weiblichen Intelligenz wird mit dem weiteren Vordringen der weiblichen Arbeitskraft verbunden sein. Die Furcht vor den Machtgelüsten der Frauen ist schon darum ganz unbegründet, weil die Zahl der befähigten Kolleginnen verhältnismäßig klein bleiben würde, die sich in hervorragendem Maße den Organisationsarbeiten widmen könnten. Die große Mehrzahl würde durch ihre Frauen- und Mutterpflichten an einer umfangreichen Betätigung gehindert. Aber die, die solche Pflichten nicht haben, soll man zur Mitarbeit heranziehen. Ist etwa darin schon die Entfaltung der Macht zu erblicken, die man fürchten muß, wenn von 44457 weiblichen Mitgliedern 2 Delegierte anwesend sind? Es ist ein schätzbare Anfang, von bestehenden Rechten Gebrauch zu machen, und darum mit Freuden zu begrüßen und zur Nachahmung zu empfehlen.

Zur Mitarbeit befähigte weibliche Mitglieder finden ein reiches Tätigkeitsfeld. Es ist bekannt, daß der Versammlungsbesuch durch Arbeiterinnen viel zu wünschen übrig läßt. Durch das Wirken geeigneter Kolleginnen würde die Scheu vor dem Besuch der Organisationsveranstaltungen zu beseitigen sein. Die praktische Mitarbeit der weiblichen Mitglieder ist in dieser Hinsicht von hohem Nutzen für die Organisation. Ich will nun nicht behaupten, daß man es an Versuchen, weibliche Personen zur Mitarbeit heranzuziehen, hätte fehlen lassen, aber die Erfolge sind jedenfalls keine nennenswerten. Unbedingt zugeben will ich auch, daß nicht jede Frau eine Kampfesnatur ist, aber für viele, oft sogar für die organisationsfeindlichsten hat schon ein Brutalitätsakt des Unternehmers genügt, um sie aus ihrer lethargie aufzurütteln und zur Erkenntnis ihrer Lage zu bringen. (Sehr richtig!) Unter solchen durch den Druck der Verhältnisse auferlegten Arbeiterinnen werden immer einige sein, deren Selbstbewußtsein zu erwecken nicht allzu schwer ist. In den beiden Hausagitationen haben eine ganze Anzahl Frauen und Mädchen sich betätigen können, und einige Kollegen haben sich dahin geäußert, daß die Frauen mit Erfolg und in ganz vorzüglicher Weise gearbeitet haben. Diese Frauen sollte man im Auge behalten, sie gelegentlich mit anderen Aufgaben betrauen und so allmählich zur ständigen Mitarbeit heranbilden. Ein weiterer Schritt zur gewerkschaftlichen Mitarbeit der Frauen bestünde darin, sie davon zu überzeugen, daß ihre Beteiligung an den Verwaltungsarbeiten für ihre eigene gewerkschaftliche Erziehung von großem Vorteil ist.

(Schluß folgt.)

### Vom Elend der Kellnerinnen.

Während im Süden Deutschlands die Kellnerin gleich dem Kellner geachtet wird, auch wie dieser bestrebt ist, ihre soziale Lage zu verbessern, ist ihre Kollegin in Norddeutschland kaum für die Organisationsbestrebungen zu haben. Am liebsten stehen wohl die Kellnerinnen in den sogenannten Animierkneipen, die man allgemein als „Brutstätten der Unzucht“ bezeichnet. Das Elend dieser armen Mädchen, die als Leodögel von gewissenlosen Wirten benutzt werden, wird wieder durch eine uns vorliegende Statistik beleuchtet. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. hatte auf Wunsch der „Deutschen Gesellschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ das Animierkneipenunwesen statistisch bearbeitet. Der Spezialarzt Dr. Th. Vör-Frankfurt a. M. veröffentlicht die gewonnenen Zahlen in der „Zeitschrift für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ von Dr. Blaschko. Wir entnehmen seiner Darstellung das Folgende.

Die Ortsgruppe der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu Frankfurt a. M. hatte sich an die Tagesblätter mit der Bitte gewandt, doch keine Inserate der Animierkneipen mehr aufzunehmen, und somit den Kampf gegen diese zu unterstützen. Dieses Ersuchen wurde auch ziemlich befolgt. Seit dieser Zeit werden aber die Animierkneipen mittels auffälliger Plakate empfohlen, die in den belebten Straßen der Großstadt herumgetragen werden. Auf den meisten Plakaten ist zu lesen: „monatlicher Personalwechsel“. Gedankenlos liest dies die Masse der Passanten, schimpft gewöhnlich nur auf die „schlechten Per-

sonen“, die dort ihr „Handwerk“ treiben, oder frequentiert stillvergnügt die Lokale, um die es sich handelt. Hand in Hand mit dem Besuch der Kneipen und der Verrohung des Geschlechtslebens gehen auch Unredlichkeiten, die begangen werden, um die Kosten der dort gefeierten Orgien zu decken.

Im Jahre 1905 befanden sich unter 1715 Wirtschaften Frankfurts allein 83 Animierkneipen, die nur weibliche Bedienung hatten. Inzwischen soll die Zahl bedeutend größer geworden sein. Beschäftigt wurden in diesen Kneipen während des Berichtsjahres 652 Kellnerinnen, und diese wiesen 1094 Arbeitsverhältnisse auf.

45 Wirtschaften beschäftigten ständig	1 Kellnerin
16 „ „ „ „	2 „
18 „ „ „ „	3 „
5 „ „ „ „	4 „
3 „ „ „ „	5 „
1 „ „ „ „	6 „

Der Personalwechsel war ein ungeheurer großer. Wirte, die nur eine einzige Kellnerin beschäftigten, hatten im Jahre bis 39 mal Wechsel der Bedienung. Dr. Vör schreibt hierzu:

„Es bleibt nur der einzige zwingende Schluß, daß in einem solchen Wechsel des Personals ‚System‘ liegt, und daß es den Wirten darauf ankommt, mit ihrer Ware so rasch und so häufig als möglich zu wechseln. Die beigefügte ausführliche Statistik beweist auch, daß von 1094 Arbeitsverhältnissen 630 nicht länger als vier Wochen dauerten.“

Dr. Vör meint, daß man die ganze Schuld nicht den Mädchen in die Schuhe schieben dürfe, sondern in erster Linie den Wirten, „die das Bedürfnis haben, ihre Gäste mit immer neuer Ware zu versorgen“. „Und hinter den geschäftslustigen Wirten, die eben genau wissen, was sie ihren Kunden schuldig sind, stehen die Gäste. Daß die Kundschaft selbst einen solchen häufigen Kellnerinnenwechsel liebt, beweist aber, daß diese Animierkneipen nicht bloß Gelegenheitsbesucher zu ihren Kunden zählen, daß sie vielmehr zum großen Teil ein Stammpublikum haben, das nach wenigen Tagen oder Wochen die alten Gesichter überbekommt.“ „Ein glänzend organisiertes Heer von Stellenvermittlern versorgt die Wirte mit ihrer neuen Ware, bei jedem Platzwechsel macht natürlich auch der Stellenvermittler wieder sein Geschäft.“ Hinzuzufügen ist, daß die armen Mädchen gewöhnlich diese Gebühren zu zahlen haben und aus den Schulden nicht herauskommen. Vör meint weiter: „Ein Teil der Mädchen erweist sich vielleicht zum Kellnerinnenberuf überhaupt nicht geeignet, sie verstehen die Gäste nicht zu animieren, vor allem haben sie selbst keinen genügend ausgeglichenen Magen, um Alkoholmengen zu vertilgen, wie sie zur Erzielung eines lohnenden Geschäftes notwendig sind.“ — „Die meisten Mädchen werden durch die glänzenden Versprechungen gewissenloser Vermittler angelockt und fallen dann — die einen schon nach wenigen Tagen oder Wochen, andere erst nach einigen Monaten — der Prostitution in die Arme. Und sie sind dann zu einem großen Teile schon venerisch infiziert.“

Das traurige Elend der Kellnerinnen in den norddeutschen Animierkneipen ward auch auf dem letzten Verbandstag der Gastwirtsgehilfen beleuchtet, der Mitte Mai in Leipzig getagt hat. Hier wurde von mehreren Delegierten ausgeführt, daß die Unglückseligen bedauernswerte Opfer der kapitalistischen Gesellschaft seien. Die Geldgier von gewissenlosen Wirten und Stellenvermittlern, die rohe Genußsucht von Wästlingen stößt sie früher oder später in einen Sumpf des sittlichen Verfalls und der Erniedrigung, aus dem es kaum je ein Entrinnen gibt. Das entsetzliche Leben, zu dem die Arnsken von Beruf wegen gezwungen sind, zermürbt so rasch und gründlich jede Kraft des Charakters, die sittliche Fähigkeit zum Widerstand, daß die Kellnerinnen der Animierlokale die Organisationsfähigkeit verlieren. Sie sind außerstande, durch den Zusammenschluß für ihre Erhebung aus Elend und Schmach zu einer menschenwürdigeren Existenz zu kämpfen. Diese traurige Tatsache wurde auf dem Verbandstag wiederholt unter Hinweis auf die vorliegenden Erfahrungen festgestellt. Mit der Organisation der übrigen Kellnerinnen ist in Süddeutschland ein guter Anfang gemacht worden, dank der rührigen Tätigkeit, die Genossin Ni ed er meier zu diesem Behuf entfaltet und die auch weiterhin vom Verband energisch unterstützt werden soll. Ganz besondere Fortschritte hat die Kellnerinnenorganisation in München aufzuweisen; dort waren vor zwei Jahren nur 102 Kellnerinnen organisiert, jetzt sind es 564. Daß es gelingt, in immer größerer Zahl die organisationsfähigen Kellnerinnen gewerkschaftlich zusammenzuschließen, ist eine wichtige Vorbedingung dafür, daß der Kampf gegen die Greuel der Animierkneipen energisch aufgenommen wird. Der Einfluß und die Forderungen der Organisation werden das Wichtigste dazu beitragen, daß die Gesetzgebung sich gezwungen sieht, der scham- und skrupellosen Vernichtung weiblichen Menschentums in solchen Lokalen entgegenzutreten. g.

### Siebter Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Vom 24. bis 30. Mai hat in Stettin der siebte Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes stattgefunden. 148 Delegierte der Mitglieder und 26 verantwortliche Funktionäre des Verbandes waren dort zusammengetreten, um die Tätigkeit der Organisation und insbesondere ihrer Leitung innerhalb der letzten zwei Jahre auf ihre Zweckmäßigkeit zu prüfen und in gemeinsamer Beratung für die nächste Zukunft eine Marschroute festzulegen.

Der Verbandstag trat in einer für den Verband bedeutsamen Zeit zusammen. Seitdem die Vertreter unserer Organisation zum letzten Male in Köln getagt, haben sich inner-

halb des Verbandes und innerhalb der Holzindustrie die wichtigsten Ereignisse vollzogen, deren Eintritt in Köln niemand voraussehen konnte. In Köln war als Grundton in allen Verhandlungen durchgedrungen, man müsse in Rücksicht auf eine gesunde Entwicklung des Verbandes auf eine Einschränkung der Streiks bedacht sein. Jedoch alle dahin zielenden Maßnahmen der Organisationsleitung wurden im folgenden Jahre durch das Vorgehen der Unternehmerorganisation direkt über den Haufen geworfen. Bekanntlich rüstete der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe schon zwei Monate nach dem Kölner Verbandstag zu der großen Aussperrung in der Holzindustrie, die trotz der entgegenkommenden Haltung namentlich der Berliner Holzarbeiter im Jahr 1907 durchgeführt wurde. Der Holzarbeiterverband wurde in einen Kampf hineingetrieben, wie ihn die Holzindustrie noch nicht gesehen hatte. So kam es, daß unsere Gewerkschaft trotz aller guten Absichten und Mahnungen des Kölner Verbandstages und der Verbandsleitung in den Jahren 1906 und 1907 durch Kämpfe weit mehr engagiert war als zu irgend einer früheren Zeit. Das zeigen allein die Ausgaben für Streikunterstützung. In der Geschäftsperiode vor dem Kölner Verbandstage wurden für Streiks 2321621 Mk. vorausgibt, in den letzten zwei Jahren dagegen 4782148 Mk. Der Verband hat diese Belastungsprobe glänzend bestanden, das erweist allein schon die Tatsache, daß sein Vermögen trotz der außerordentlich großen Inanspruchnahme seiner Kassen annähernd verdoppelt werden konnte. Aber es trat doch an ihn die Frage heran, ob es nicht möglich sei, größere Mittel für die Organisation flüssig zu machen, um ähnliche und unter Umständen größere Kämpfe in der nächsten Zukunft erfolgreich bestehen oder auch durchführen zu können. Denn die Entscheidungskämpfe zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum sind in der Holzindustrie noch nicht geschlagen. Sicher werden sie an die Kräfte des Holzarbeiterverbandes auch noch weit größere Anforderungen stellen, als das im letzten Jahre der Fall war, wo ihm an Streikausgaben allein 3/4 Millionen Mark entstanden sind. Deshalb wäre es Aufgabe des Verbandstages gewesen, für Bereitstellung größerer Mittel für die Verbandskasse Sorge zu tragen.

Eine Beitragserhöhung geht schon, zwei Jahre nach dem Kölner Verbandstag, und angesichts der in der Holzindustrie besonders unangenehm sich bemerkbar machenden wirtschaftlichen Depression ließ sich nicht durchführen. Der Verbandsvorstand hatte daher beantragt, den Lokallanteil an dem Verbandsbeitrag, der sich jetzt auf 20 Prozent beläuft, um die Hälfte zu ermäßigen. Damit wäre der Verbandskasse eine Mehreinnahme von 12 1/2 Prozent erwachsen. Und bei dem ausgedehnten System der Lokallbeiträge hätte sich diese Maßregel sicher leicht durchführen lassen, ohne daß es zu einer Störung des Verbandslebens gekommen wäre. Leider hat der Verbandstag allem zum Trotz den Antrag des Vorstandes mit großer Mehrheit abgelehnt. Man könnte das als ein ungünstiges Zeichen für die innere Verfassung des Verbandes ansehen, wollte man die Gründe ganz außer acht lassen, welche die Vertreter der Mitglieder respektive Zahlstellen zu dieser Stellungnahme veranlaßten. Einmal haben die meisten Zahlstellen in den letzten Jahren Unterstützungseinrichtungen im lokalen Rahmen eingeführt, die, wie gerade jetzt während der Krisis sich zeigt, die Lokalkassen überaus stark belasten. Die Frage der Schmälerung oder Aufrechterhaltung des jetzigen Lokallanteils würde daher für manche Lokalkassen unter Umständen zu einer Existenzfrage werden. Muß man das Votum des Verbandstages in dieser Frage bedauern, so kann man es nach dieser Sachlage doch auch wieder begreiflich finden. Dann aber zeigt sich bei allen Zahlstellen das Bestreben, im Hinblick auf die kommenden großen Kämpfe möglichst hohe lokale Streikfonds anzusammeln, um diese Kämpfe um so wirksamer durchführen zu können. In Würdigung dieser Situation traten die meisten Delegierten dem Vorstandsantrag entgegen. Die Einnahmequellen zur Ansammlung größerer lokaler Kampffonds sollen den Lokalkassen nicht teilweise entzogen werden. Daß auch der Verbandstag die Lage sehr ernst beurteilt, beweist sein Beschluß, in diesem Jahre von jeder Erweiterung des Unterstützungswesens abzusehen.

Die letztjährigen Vorgänge, die mit der großen Aussperrung in der Holzindustrie zusammenhängen, haben für den Verband aber nicht nur die Bedeutung einer Geldfrage, sie sind für ihn viel wichtiger, beurteilt man sie von rein taktischen Gesichtspunkten. Kein Zweifel, durch die vorjährigen Vorgänge sind alle bisher für den Verband gültigen Regeln der Taktik über den Haufen geworfen worden. Um nur einiges anzuführen: der früher für Lohnbewegungen und Streiks gültige Grundsat, diese Bewegungen nur im örtlichen Rahmen zu führen und demgemäß auch die Verhandlungen und den Abschluß einer solchen Bewegung ebenfalls nur am Ort und für den Ort zu vollziehen, wurde ganz durchbrochen. Die Leitung, die Verhandlungen und der Abschluß der bedeutungsvollen Bewegungen erfolgen nunmehr fast ausschließlich auf zentraler Grundlage. Die örtlichen Mitgliedschaften haben nicht mehr den überragenden Einfluß auf alle diese Dinge, wie es früher der Fall war, wo die Bewegungen sich sozusagen im Kleinbetrieb vollzogen. Alles drängt nach mehr Konzentration, auch die Lohn- und Streikbewegung. Das wird in Zukunft noch mehr in die Erscheinung treten, als das in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Dann aber entwickeln sich die Lohnbewegungen des Holzarbeiterverbandes immer mehr zu Tarifbewegungen schlechthin, wobei auch da wieder die Tendenz zu größerer Konzentration sich bemerkbar macht. Die Organisation befindet sich in dieser Frage gewissermaßen in einem Übergangsstadium, die Situation ist teilweise noch wenig geklärt, und es ist begreiflich, daß manche Mitglieder mit dem Lauf der Dinge



nicht zufrieden sind, besonders da die leistungsfähigen Vorgänge sich unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Depression vollzogen, so daß die Mitglieder dabei nicht immer günstig abgeschlossen haben. Es war selbstverständlich, daß der Verbandstag sich des eingehenden mit dieser Sachlage beschäftigte, um für die nächsten Jahre eine klare, zielichere Marschroute zu haben.

In anderthalbtägigen anstrengenden Verhandlungen hat sich der Verbandstag über Taktik, Tarifbewegung, Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, Reichstarif ausgesprochen. Manches Wort der Kritik über die Maßnahmen des Vorstandes wurde laut, doch blieb diese Kritik immer an der Oberfläche. Manche Mitglieder dichten dem Vorstand schwarze Pläne an, als wolle er mit aller Gewalt einen Reichstarif für die Holzindustrie, den er möglichst frühzeitig zur Durchführung zu bringen trachte, während es doch die einzelnen Mitgliedschaften sind, die durch ihre Maßnahmen den Reichstarif fördern, und der Vorstand nur immer bestrebt ist, einer beschleunigten ungesunden Entwicklung entgegenzuwirken. Das Resultat der langen Verhandlungen ist denn auch, daß künftig ebenfalls im Sinne der Maßnahmen der Verbandsleitung in den beiden großen Bewegungen der letzten Jahre gehandelt werden soll. Die Tarifbewegung wird also auch weiter gefördert, aber nicht als Selbstzweck, sondern nur als Mittel zum Zweck bei Durchführung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben. Dabei soll alles versucht werden, um eine treibhausmäßige Entwicklung der Tarifbewegung zum Reichstarif zu verhüten. Es ist bezeichnend, daß diese Grundsätze, die schon vom Referenten und vom Verbandsvorstand in Konsequenz ihrer seitherigen Haltung vertreten worden waren, durch Annahme einer Resolution von nicht weniger als 142 Delegierten gebilligt wurden.

Der Verbandstag beschäftigte sich auch des eingehenden mit der Reisefrage. Die Mehrzahl der Redner wünschte eine Änderung der Reisezeit, um zu verhüten, daß aus der Situation, die sie schaffen kann, nicht zur Unzeit verhängnisvolle Entscheidungsschlachten für unseren Verband sich entspinnen, der ohnedies vor großen Kämpfen steht. Wegen drei Stimmen wurde beschlossen, einem eventuell endgültigen Abkommen zwischen Generalkommission und Parteivorstand beizutreten.

Der wichtigste und einschneidendste Beschluß des Verbandstags war der, den Sitz des Vorstandes von Stuttgart nach Berlin zu verlegen. Sicher ist er den Delegierten nicht leicht geworden. Seit Bestehen des Verbandes, seit fünfundsiebzig Jahren, befand sich sein Sitz in Stuttgart, und es knüpft sich an diesen Ort für unsere Organisation manch freundliche Erinnerung. Schließlich konnte sich der Verbandstag aber doch nicht der Würdigung der Tatsache entziehen, daß Stuttgart für unsere Bewegung wie für die Holzindustrie lange nicht mehr jene Bedeutung hat als in den achtziger Jahren. Das Schwergewicht des Verbandes hat sich nach Groß-Berlin und nach Norddeutschland verschoben. Dort befinden sich die größten Mitglieder Massen, dort werden auch ständig die größten und entscheidungsvollsten Kämpfe geschlagen. Bei der größeren Verantwortung, die nach der ganzen Entwicklung in der Holzindustrie der Verbandsleitung als Zentralstelle künftig erwächst, ist es unumgänglich notwendig, ihr eine bessere ständige Zählungnahme mit einem größeren Mitgliederkreis zu sichern. Von diesen Gesichtspunkten ließ sich der Verbandstag leiten, als er die Verlegung des Verbandssitzes beschloß. Daß es sich hier nicht um einen zufälligen Beschluß handelt, zeigt das Abstimmungsergebnis: von 148 Delegierten erklärten sich 102 für die Sitzverlegung.

So viel über die Arbeiten des Stuttgarter Verbandstags. Es wird wohl niemand versucht sein, diesen Verbandstag zu den großen zu zählen. Sicher hat er aber gute Arbeit geleistet; das wird die Zukunft lehren.

### Aus der Bewegung.

**Von der Agitation.** Über „die gegenwärtige politische Lage und die Landtagswahlen“ referierte die Unterzeichnete in öffentlichen Versammlungen, die vom 6. bis 14. Mai im vierten hannoverschen Wahlkreis stattfanden. Während die Versammlungen in Nelle, Osnabrück, Bramsche, Desepe, Schlepdrup und Schinkel ungehindert stattfanden, verfiel die in Quakenbrück der Auflösung. Der Herr Bürgermeister verlangte die Ausweisung der Frauen, weil er in ihrer Anwesenheit in einer öffentlichen Versammlung eine Ungeheuerlichkeit erblickte. Genosse Ehrlicher aus Osnabrück und die Referentin bemühten sich erfolglos, ihn seinen Irrtum klar zu machen. Als sie den Herrn darauf hinwiesen, daß nach zwei Tagen das neue Vereinsgesetz in Kraft trete, daß den Frauen gleiches Vereins- und Versammlungsgesetz mit den Männern verleihe, sagte er eräutet: „Neues Vereinsgesetz? 15. Mai? — so, so . . .“ Die mangelnde Gesetzeskenntnis des Beamten verurteilte die Auflösung der Versammlung. Daß Schneidigkeit über Gesetzeskenntnis geht, zeigte sich weiter in einer Gewerkschaftsversammlung in Ebersburg. Der Überwachende mußte sich erst darüber belehren lassen, daß selbst in Preußen Frauen seit fünfzig Jahren das Recht haben, an öffentlichen Versammlungen teilzunehmen. Nach dieser Zurechtweisung beschränkte er sich auf die Warnung, daß die Referentin sich streng an wirtschaftliche Fragen zu halten habe und nicht über Politik reden dürfe, wenn die Versammlung der Auflösung entgegen solle. Die Rednerin ließ sich dadurch nicht davon abhalten, in ihrem Referat über den „Kampf ums tägliche Brot“ an allem Kritik zu üben, woran sie geübt werden mußte. Wiederholter Verfall der gut besuchten Versammlung bekun-

dete deren Zustimmung. Ein Oberlehrer fragte an, ob die Referentin das Geschickerte selbst erlebt habe. Durch drastische Beispiele bewies Genossin Vosse dem Herrn, daß sie ihre Kenntnisse nicht etwa der preussischen Volksschule, sondern der Schule ihres Lebens als Arbeiterin zu verdanken habe. In einer Versammlung des Frauenbildungsvereins zu Einbeck am 17. Mai, in der die Unterzeichnete über die „Rechtlosigkeit der Frau und die Diensthofenfrage“ referierte, wurde von dem Vertreter der hohen Obrigkeit zur Abwechslung einmal nicht die Ausweisung der Frauen verlangt, sondern die der Männer. Die Versammlung würde der Auflösung verfallen sein, wenn es nicht gelungen wäre, den Kommissar noch rechtzeitig herbeizuholen. Unter großer Heiterkeit der Versammlung mußte sich der Überwachende von seinem Vorgehen wegen seiner Unkenntnis der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen zurechtweisen lassen. Derartige Vorkommnisse tragen gewiß nicht dazu bei, die Autorität der Polizeibeamten zu befestigen; sie zeigen, wie notwendig die letzteren einer gründlichen Ausbildung bedürfen. Außer den angeführten Versammlungen fanden zwei Zusammenkünfte der Genossinnen in Osnabrück statt, in denen die Genossin Mentrop als Vertrauensperson gewählt wurde und über hundert Genossinnen dem Wahlverein beitraten.

**Auguste Vosse.**  
In Nürnberg fanden am 3., 4. und 5. Mai drei öffentliche Frauenversammlungen statt, in denen Herr Dr. Blitstein über Frauenleiden referierte. Die Versammlungen waren außerordentlich stark besucht. In der zweiten mußte ein großer Teil der erschienenen Frauen und Mädchen auf der Treppe zur Galerie Platz nehmen. Herr Dr. Blitstein behaupte in seinem Referat, daß man bei Frauen von Berufskrankheiten reden müsse. Er führte viele Verufe an, in welchen den Arbeiterinnen schwere Gefahren für ihre Gesundheit drohen. Leiden, welche auch die Entwicklung des Kindes im Mutterleib verhängnisvoll beeinflussen. Durch bildliche Darstellungen machte er die Anwesenden auf vielerlei Schädigungen aufmerksam, denen die inneren Organe der Mädchen und Frauen durch schwere Berufsarbeit ausgesetzt sind. In der sehr lebhaften Diskussion der ersten Versammlung beantwortete Herr Dr. Blitstein bereitwillig alle an ihn von den Frauen gestellten Fragen. Genossin Grünberg schloß die letzte Versammlung mit der Ermahnung an die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, aus dem Gehörten die Lehre zu ziehen, daß der Pflege des Körpers weit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, als das meist geschieht. Die Proletarierinnen, die gezwungen sind, ihre Kraft, ihre Gesundheit und ihre Schönheit dem Kapitalisten zu opfern, sollten den Gewerkschaften beitreten, um gegen die kapitalistische Ausbeutung Front machen zu können. Auch den politischen Organisationen müßten sie sich anschließen, damit die Gesetzgebung gezwungen werden kann, Gesetze zum Wohle der arbeitenden Frauen und Mädchen zu erlassen. Heute wären die Schwangeren gar nicht und die Wöchnerinnen nur teilweise geschützt. Eine Stadt wie Nürnberg zum Beispiel, in der Tausende und aber Tausende von Frauen erwerbstätig sind, habe eine Gemeindefrankenliste, die keine Wöchnerinnenunterstützung zahlt. Neben der gewerkschaftlichen und politischen Organisation solle auch die Presse für die Aufklärung und den Schutz der Proletarierinnen, die „Gleichheit“, das Organ der sozialdemokratischen Frauen, sollte in jedem Haushalt zu finden sein. 37 neue Abonnenten für die „Gleichheit“ wurden in der Versammlung gewonnen; 47 Frauen erklärten sich bereit, freiwillige Parteibeiträge zu zahlen. Im Herbst wird Herr Dr. Blitstein Vorträge über die Tuberkulose halten.

**Jahresbericht der Vertrauensperson der Straßunder Genossinnen.** Der Mittelpunkt der proletarischen Frauenbewegung in Straßund ist der Frauenbildungsverein. Ende des Jahres 1907 zählte er 88 Mitglieder. Er hielt im Laufe des Jahres 24 Mitgliederversammlungen ab, in denen Vorträge wissenschaftlicher Natur gehalten wurden. In einer öffentlichen Frauenversammlung im November referierte Genossin Hoppe-Berlin über das Thema: „Warum muß die Proletarierin Sozialdemokrat sein?“ Die „Gleichheit“ wird an Orte in etwa 80 Exemplaren verbreitet. Die Einnahmen der Vertrauensperson betragen einschließlich des vorjährigen Kassenbestandes 104,89 Mk., die Ausgaben 62,92 Mk., so daß ein Überschuß von 42,27 Mk. verblieben ist. Die Genossinnen gründeten in der Umgegend von Straßund drei Frauenbildungsvereine, die aber bisher leider noch wenig Fortschritte gemacht haben, weil die Parteigenossen sie nicht genügend unterstützten, und weil die Krise lähmend auf der Arbeiterbevölkerung lag. Sobald die Arbeitslosigkeit wieder besser wird, wollen die Genossinnen versuchen, die Vereine durch Hausagitation zu kräftigen. Genossin Mey, der bisherigen Vertrauensperson, wurde auf ihren Wunsch eine Hilfskraft zur Seite gestellt: die Unterzeichnete. Es ist zu wünschen, daß die Genossinnen von Straßund, Franzenburg und Rügen für die Förderung der proletarischen Frauenbewegung im nächsten Jahre eine noch größere Energie aufwenden als im vergangenen, dann werden auch gute Erfolge nicht ausbleiben.

**Die Berliner Genossinnen im Landtagswahlkampf.** In den letzten beiden Wochen vor der Wahl der preussischen Abgeordneten haben die Berliner Genossinnen fruchtbarbare Wahlarbeit geleistet. Um den Frauen der organisierten Genossinnen das Vorgehen gegenüber den kleinen Geschäftsleuten begreiflich zu machen, daß durch den Terrorismus der öffentlichen Stimmgabe und der herrschenden Gewalten notwendig wird, sind über ganz Berlin Zusammenkünfte veranstaltet worden. In ihnen hielten die etwas redgewandten Genossinnen und einige Genossen

keine belehrende Vorträge respektive Ansprachen. Die Einladungen zu diesen Zusammenkünften, die für zwei, drei, auch vier Reichstagswahlbezirke zusammen erfolgten, wurden in Form eines kleinen Flugblattes von den Genossen verbreitet. Es war dies die erste gemeinsame Arbeit von Genossinnen und Genossen nach dem Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes; sie ist auf beiden Seiten mit Eifer und Hingebung betrieben worden und hat vor allen Dingen großen Nutzen gebracht, und das nicht nur der Wahlbewegung, sondern auch bezüglich der Organisation und der Verbreitung der „Gleichheit“. Die vielen Frauen, deren Männer der Partei angehören, die aber selbst bisher wenig oder gar kein Interesse am politischen Leben nahmen, sind aus ihrer Gleichgültigkeit gerissen worden. Der direkten persönlichen Aufforderung zum Besuch unserer Zusammenkünfte waren große Scharen von Frauen gefolgt, die mit sichtlicher Spannung den Ausführungen der Genossinnen und Genossen folgten. Wir sind der festen Zuversicht, daß alle diese Frauen am 3. Juni und schon vorher tun, was in ihren Kräften steht, um die Sache der Arbeiterklasse zu fördern. Hauptächlich werden sie eine strenge Kontrolle über die Wahlbeteiligung und Haltung der Geschäftsleute ausüben. Wohl noch niemals sind die Frauen in so großem Umfang in die politische Arbeit hineingezogen worden wie jetzt. Der Wahlverein der Genossinnen hat einige hundert neuer Mitglieder gewonnen. Die Tatsache, daß sich nun die Frauen politisch organisieren dürfen, zeitigt in mancher unserer Bewegung bisher fernstehenden Frau den Wunsch, das ihr endlich gegebene Recht auszunützen. In einer stattlichen Zahl werden die sozialdemokratischen Frauen nach der Wahl zum Wahlverein der Männer übertreten. Auch die Lust zum Leben ist bei unseren Zusammenkünften geweckt worden, die „Gleichheit“ hat eine große Zahl neuer Abonnentinnen gewonnen. Hoffen wir und sorgen wir dafür, daß das einmal geweckte Interesse der vielen neuen Genossinnen nicht wieder einschläft, sondern durch stete Agitation, durch Aufmunterung und Belehrung Kräftigung und Vertiefung erfahre. Mit dem fortwährenden Werden, die Reihen der Sozialdemokratie zu stärken, muß eine dauernde sozialistische Erziehungsarbeit Hand in Hand gehen. F. W.

**Emilie Mahn.** Die Magdeburger Genossinnen haben eine ihrer ältesten und treuesten Vorkämpferinnen verloren. Am 18. Mai hat der Tod Genossin Mahn von monatelangem, qualvollem Leiden erlöst.

Emilie Mahn war 1847 in Magdeburg geboren. Ihr Leben war das einer Proletarierin, die ihr Menschentum empfindet. Darum hat sie nicht bloß gekämpft und gelitten, sie hat des Glaubens an eine schöne Zukunft ihrer Klasse froh gekämpft. Und wie hat sie ihrer Überzeugung gedient! Raslos, mit verzehrendem Eifer, zu jedem Opfer bereit. Schon anfangs der achtziger Jahre erkannte sie, daß mit der gesamten Arbeiterklasse die proletarische Frau für ihre Befreiung gegen die kapitalistische Ordnung den Kampf aufnehmen müsse. Obgleich damals alle Schrecken des Sozialistengesetzes entfesselt waren, zögerte Genossin Mahn nicht, ihre Erkenntnis zur Tat werden zu lassen. Wo sich irgendwie Gelegenheit bot, suchte sie dem Sozialismus neue Bekennerrinnen und Bekenner zu gewinnen, unter großen persönlichen Gefahren hielt sie Opfer des Schandgesetzes in ihrem bescheidenen Heim verborgen. Ein harter Kampf um die Existenz zwang ihren Mann und sie, nach Lengelsheim, im Braunschweigischen, überzusiedeln. Dem reaktionären Vereinsgesetz des Ländchens zum Trotz brachte es Genossin Mahn fertig, für das Recht des Proletariats und der Frauen tätig zu sein. Nach Magdeburg zurückgekehrt, setzte sie hier ihre Arbeit im Dienste der Sache mit glühendem Eifer fort. Insbesondere ließ sie sich angelegen sein, die Frauen des Proletariats zu wecken und aufklärt in Reih und Glied ihrer kämpfenden Klasse zu stellen. Sie war unter den Genossinnen, welche den Magdeburger Frauen- und Mädchenbildungsverein gründeten, und belleidete jahrelang das Amt der Vertrauensperson. Eine Reihe der Frauenbildungsvereine, die im Regierungsbezirk Magdeburg blühen und gedeihen, sind von ihr gegründet worden. Die Energie und Erfahrung, mit der sie unter den Frauen tätig war, sicherten ihrem Wirken Erfolg und die Anerkennung der Genossinnen. Mehrmals nahm sie als Vertreterin an Konferenzen der sozialistischen Frauen wie an Parteitagen teil. Bei der Reichstagswahl an 1907 war Genossin Mahn eine der Tätigsten. Sie seufzte Genossinnen und Genossen zur eifrigsten Mitarbeit an und ging ihnen mit dem Beispiel unermüdlicher, hingebungsvoller Kleinarbeit und Agitation voraus. Trotz ihres Alters fehlte sie sogar bei Flugblattverbreitungen nicht. Als geschulte Genossin hat sie die Gewerkschaftsbewegung mit dem gleichen Verständnis gefördert wie den politischen Kampf. Solange sie als Tabakarbeiterin schaffte, war sie ein treues, tätiges Mitglied ihrer Organisation, jahrelang saß sie im Vorstand der Krankenkasse der Tabakarbeiter. Bis zum letzten Atemzuge fühlte und dachte Emilie Mahn mit dem kämpfenden Proletariat. Noch auf ihrem Schmerzenslager, wenige Tage vor dem Tode, erludigte sie sich bei den Genossinnen nach dem Stand der Bewegung. Nun hat das treue Herz aufgehört zu schlagen, dem leidenschaftlichen Drang, für die Idee des Sozialismus zu wirken, ist ein Ziel gesetzt. Das Beispiel dieses schlichten, dem Höchsten geweihten Lebens wird aber unter den Genossinnen weiterwirken, und lebendig wie seine Kraft wird die dankbare Erinnerung an das bleiben, was Emilie Mahn gewesen ist und was sie geleistet hat.

### Politische Rundschau.

Wenn diese Zeilen die Leser erreichen, haben die entscheidenden Wahlen der Wahlmänner für das preussische Abgeordnetenhaus stattgefunden. Es wird

1908

Nr. 6

Für unsere Kinder

43



sch dann überblicken lassen, ob das preussische Klassenbewußte Proletariat die Wälle des ungerechtesten aller Wahlrechts wenigstens in einigen Ausnahmefällen zu übersteigen vermocht hat, vor allen Dingen aber, ob der Wahlrechtskampf eine wichtige Verstärkung durch eine imposante Protestabstimmung der Entrechteten am Wahltag erfahren hat. Der Wahlkampf hat der Arbeiterschaft aufs neue die totale Verleumdung und absolute Unzuverlässigkeit der bürgerlichen sogenannten Oppositionsparteien in Sachen Wahlreform demonstriert. Die zahlreichen Wahlbündnisse des Blockfreisinn mit nationalliberalen und konservativen Feinden des gleichen Wahlrechts, wie des Zentrums mit den Konservativen führen eine nicht mißzuverstehende Sprache. Dazu kommen zahlreiche Aussprüche freisinniger Agitatoren und Kandidaten, die da zeigen, daß die Entwicklung des „entschiedenen Liberalismus“ zum reaktionärsten Nationalliberalismus noch viel schnellere Fortschritte macht, als die offiziellen Kundgebungen durchblicken lassen. So hat der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei im Landtagswahlkreis Teltow-Beeskow, ein Herr Tubenthal, den Sprachenzwang des Vereinsgesetzes nicht bloß vom Standpunkt des kleineren Übels verteidigt, sondern direkt als berechtigtes Kampfmittel gegen die Polen gepriesen, und er steht mit seiner Auffassung nicht allein! Der freisinnige Kandidat für den 11. Berliner Kreis, ein Herr Schöler, erklärte den Ausschluß der Jugend aus den 18 Jahren aus politischen Vereinen für durchaus gerechtfertigt, nur zu öffentlichen politischen Versammlungen hätte er die Jugend zugelassen gewünscht. In Grünau bei Berlin trat ein freisinniger Lehrer auf, der behauptete, daß seine Partei nicht dem Enteignungsgesetz wider die Polen zugestimmt habe, der behauptete, die Volksschule stehe auf der Höhe der Zeit und das Volksschulunterhaltungsgesetz (das Verfassungsgesetz) sei ein lobenswertes Werk. Die wenigen aufrechten Liberalen haben sich um die aus der Freisinnigen Vereinigung ausgetretenen Barth, Breitscheid, Gerlach usw. unter dem Namen „Demokratische Vereinigung“ gesammelt. In zwei Kreisen der Umgebung Berlins haben sie eigene Kandidaten aufgestellt, in den Berliner Kreisen aber zur Unterstützung der Sozialdemokratie wider die Freisinnigen aufgerufen. Ob es ihrer Empörung gelingen wird, einen irgendwie nennenswerten Teil der bürgerlichen Wählerschaft hinter sich zu bekommen, wird das Wahlergebnis ausweisen — die geschichtliche Erfahrung von Jahrzehnten und der seitliche Erfolg der Opposition gegen den Blockfreisinn warnen vor optimistischen Annahmen.

Jene Arbeiter, die noch im bürgerlichen Fahrwasser schwimmen, haben in der Wahlbewegung von ihren bürgerlichen Patronen wieder diverse Nasenstücker bekommen. Man kann wirklich gespannt sein, wie lange sie solche Behandlung noch mit traditioneller Schamgebild ertragen werden. Die evangelischen Arbeitervereine des Wahlkreises Dortmund erinnerten die Nationalliberalen an ihr bei der Reichstagswahl gegebenes Versprechen, einen Landtagskandidaten aus dem Arbeiterstande aufzustellen. Es ist ihnen die hochmütige Antwort geworden, das Versprechen könne nicht gehalten werden, da unter den evangelischen Arbeitern niemand zu finden sei, der die nötigen Fähigkeiten zur Bekleidung eines Landtagsmandats besitze. Das gab natürlich ein Rumoren in den Vereinen der Genasführten und auch einige Beschlüsse auf Wahlenthaltung. Zum Schluß aber mußten die evangelischen Arbeitervereine erleben, daß ihre Führer trotz alledem wieder zur Wahl der nationalliberalen Unternehmerkandidaten aufforderten. Übrigens ist es im Grunde ganz gleich, ob die Arbeiterinteressen von nationalliberalen Bourgeois oder Arbeiterabgeordneten verraten werden, denn verraten werden sie von den Parlamentariern dieser Partei auf alle Fälle. Was diese sogenannten Arbeiterabgeordneten in bürgerlichen Parteien bedeuten, das hat ja bei der Beratung des Vereinsgesetzes der Fall des christlich-sozialen Abgeordneten Behrens gezeigt. Trotz seiner Eigenschaft als ehemaliger Arbeiter und gegenwärtiger Sekretär einer Arbeiterorganisation, des Gewerkschafts der christlichen Bergleute, hat er in den verschiedenen Abstimmungen über den gewerkschaftsschädigenden Sprachenparagrafen erst für, dann gegen diesen gestimmt und sich schließlich der Abstimmung enthalten. Nichtsdestoweniger darf er weiter als Sekretär des Gewerkschafts fungieren. Auf den Unwillen der Mitglieder legte die Leitung ein diplomatisches Plästerchen, eine Resolution, die Herrn Behrens den guten Willen attestiert, und damit war der Fall erledigt. Da das Zentrum jetzt Oppositionspartei ist, so hatte es natürlich den Mund gegen den Blockabgeordneten Behrens gehörig voll genommen. Es hätte indes allen Grund, vor der eigenen Tür zu lehren, da es in der Person des Arbeiter-Landtagsabgeordneten Brust einen Mann besitzt, der ebenso wie Behrens um der Interessen seiner Partei willen höchst arbeitereindlichen Gesetzen zugestimmt hat. Die christlichen Bergarbeiter, deren Führer er einst war, haben ihm bescheinigt, daß er Arbeiterinteressen wenigstens vertreten wie ein Unternehmer. Was das Zentrum nicht gehindert hat, ihn wieder als Arbeiter-Landtagskandidaten zu präsentieren. Kupfer ihm hat es in den weiten Weiten des Westens gerade noch einen einzigen Arbeiter als Kandidaten in einem nichts weniger als sicheren Kreise aufgestellt.

Das Zentrum spielt überhaupt in diesem Wahlkampf keine bessere Rolle als der Freisinn. Die innerlich verlogene Haltung des Zentrums brachte es mit sich, daß am gleichen Tage ein Zentrumsblatt sich während gegen die Beschuldigung wandte, diese Partei wolle gar keine Wahlreform, während ein anderes Zentrumsblatt erklärte, die Frage der Wahlreform müsse zurücktreten, es gelte, durch eine Mehrheit von Konservativen und Zentrum die christliche Schule (das heißt die Schulverfassung) zu sichern.

Die bürgerlichen Parteien konnten sich nicht genug tun in sittlicher Entrüstung über den Terrorismus der Sozialdemokratie. Sie alle haben aber dort, wo sie die wirtschaftliche Macht dazu besitzen, seit jeher die öffentliche Abstimmung dazu mißbraucht, die Überzeugung abhängiger Wähler zu vergewaltigen, für die Arbeiter haben sie schamlos das schändliche Knechtswort proklamiert: „Was Brot ich ess', des Lied ich sing'!“ Nun mimten sie plötzlich die Tugendhaften, als die lang mißhandelte Arbeiterklasse Gleiches mit Gleichem vergalt — nicht um Stimmen zu pressen, sondern um den Herrschenden begreiflich zu machen, daß das geheime Stimmrecht gegeben werden muß.

Glaubwürdige Meldungen besagen, daß der Reichsschatzsekretär Sydow seine Reichsfinanzreform ganz ohne direkte Steuern, selbst ohne schärferen Ausbau der Reichserbschaftsteuer machen will. Er mutet dem Freisinn zu, für beträchtliche Erhöhungen der Branntwein-, Bier- und Tabaksteuer zu stimmen, also einer neuen erheblichen Belastung der wenigen Genussmittel der arbeitenden Bevölkerung; daneben sollen noch eine Elektrizitäts-, eine Wein- und eine Börsenumsatzsteuer in seinen Plänen figurieren. Wahrscheinlich wird Herr Sydow mit seiner Einschätzung des Freisinn recht behalten. — Preußens Finanzen sollen durch eine Erhöhung der Zivilliste — des Gehaltes, das dem Monarchen gezahlt wird und das gegenwärtig ungefähr 17 Millionen beträgt — um einige Millionen mehr belastet werden. Ansehend ist ursprünglich der Plan verfolgt worden, dem Kaiser fünf Millionen jährlich aus der Reichskasse anzuweisen. Eine parlamentarische Korrespondenz behauptet, daß im Frühjahr auf eine vertrauliche Regierungsanfrage auch die Freisinnigen sich zu einer solchen Bewilligung bereit erklärt hätten. Begründet wird die Forderung mit der Verteuerung des Lebensunterhaltes. Die sich immer mehr verschärfende Krise beschert jetzt gerade weiten Arbeiterkreisen Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen und veranlaßt zu allerlei kritischen Bemerkungen über die erheblichen Kosten der mit großem Gefolge unternommenen Korzurreise Wilhelms II.

Wie Arbeiter behandelt werden, die Lohnhöhungen oder andere Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses fordern, dafür zeugten in den beiden Verichtswochen unter anderem die folgenden Ereignisse. Im preussischen Städtchen Wolgast wurden Boykotte gegen die streikenden Arbeiter einer Zementfabrik aufgebaut und der Belagerungszustand verhängt. Die Arbeiterpresse konnte die Satzungen eines im Januar 1908 zu Offen gegründeten Bechenverbandes veröffentlichen, dessen ausgesprochener Zweck die Berufs-erklärung, die Ablegung aller „auffässigen“ und kontraktbrüchigen Bergarbeiter ist. Die Staatsanwaltschaft zu Hirschberg wies eine Strafanzeige gegen einen Steiger ab, der Vergleite unter Androhung der Entlassung zum Austritt aus der Organisation zwingen wollte. Besonders bemerkenswert ist die Begründung ihrer Entscheidung. Darin hieß es, daß die Behauptung eine „großmächtige Unwahrheit“ sei, die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften verfolgten den Zweck, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Gewerkschaften seien der sozialdemokratischen Partei angegliedert und dienstbar. Daher könnten „die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung auf das Verbot eines Arbeitgebers, daß seine Arbeiter einer Partei beitreten, welche die Vernichtung seiner Existenz auf ihre Fahne geschrieben hat, keine Anwendung finden“. — In Braunschweig hatten zwei Genossen den gewohnheitsmäßigen Mißbrauch der Arbeiterinnen einer Zutefabrik als Lustobjekte der Kasseher und anderer Vorgesetzten aufgedeckt. Sie wurden dafür wegen Verleumdung eines Beamten, der als einziger von vielen geklagt hatte, zu 50 und 150 M. Geldstrafe verurteilt, weil dem Kläger mehr als genug, aber nicht alles bewiesen wurde, und weil sie kein Recht gehabt hätten, die Sache in die Öffentlichkeit zu bringen.

Eine sogenannte Wahlrechtsreform hat nun auch die Regierung Braunschweigs präsentiert. Sie bringt ein direktes Dreiklassenwahlrecht, beinahe so schön wie das preussische elendeste aller Wahlsysteme. Im Herzogtum Gotha hat die Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen einem wütenden Ansturm der vereinigten und reichslügenverbändlerisch kämpfenden Gegner wacker standgehalten. Sie behauptete ihre bisherigen sechs Mandate mit gesteigerter Stimmengahl und wurde an der Eroberung von drei weiteren Kreisen nur durch ein tolles Unwetter gehindert, das es mehreren Arbeitern unmöglich machte, rechtzeitig ihren Wahlort zu erreichen.

Belgiens Sozialdemokratie hat bei der halbseitigen Erneuerung der Kammer fünf neue Mandate erobert, davon zwei mit liberaler Hilfe. Die Liberalen haben dagegen nur einen Sitz neu erobert und vier Mandate verloren. Die Majorität der liberalen Regierungspartei ist von 12 auf 8 Stimmen gesunken.

Das englisch-französische Einvernehmen hat in einem Besuch des Präsidenten der französischen Republik bei Eduard von England Ausdruck gefunden. Das Einvernehmen wird offenbar von dem Willen der beiden Nationen getragen, und die Wärme der Kundgebungen, die bei dieser Gelegenheit stattfanden, ließ recht grell die Isolierung der deutschen Regierung hervortreten, die sich lediglich auf den längst zu einem reinen Diplomatenwerk herabgesunkenen Dreibund stützen kann. Festigen Protest hat dagegen in weiten Kreisen des englischen Volkes die Absicht des Königs gefunden, dem Jaren einen offiziellen Besuch zu machen. Am energischsten hat in Parlamentsreden und Adressen die Arbeiterpartei gegen die Annäherung Englands an den Blutzaren, den Möderer seines unglücklichen Volkes protestiert. Die russische Regierung wartet indessen un-

geduldig auf den Moment, wo sie in London eine Anleihe aufnehmen kann. Daß die englische Bourgeoisie bereit ist, mit ihrem Gelde den Zarenthron, die Konterrevolution zu stützen, ist ein vielsagendes Merkmal für den Verfall der Demokratie. H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ veröffentlicht die Statistik über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate. Die von den freien Gewerkschaften unterhaltenen oder unterstützten Arbeitersekretariate sind von 85 im Jahre 1906 auf 96 im Jahre 1907 vermehrt worden. Von ihrer umfangreichen Tätigkeit spricht die Frequenziffer: 419 832 Personen hielten sich bei ihnen Rat und Rechtshilfe, das sind 54 700 Personen mehr als im Vorjahre. Von den Auskunftsbeziehungsweise Rechtshilfesuchenden waren 401 950 Arbeiter und Angehörige von Arbeitern, darunter 62 147 Frauen und Mädchen. Die Arbeitersekretariate fertigten über 100 000 Schriftstücke an, von denen sich über ein Drittel auf die Arbeiterversicherung bezogen. In 3175 Fällen vertraten die Arbeitersekretäre persönlich die Sache von Rechtshilfesuchenden; in 68 Prozent dieser Fälle handelte es sich ebenfalls um Fragen der Arbeiterversicherung. 6400 Klagen, Beschwerden, Refurse hatten vollen, 1947 nur teilweisen Erfolg und 3187 blieben ohne Resultat. 72 1/2 Prozent aller Fälle, deren Ausgang bekannt wurde, endeten mit ganzem, beziehungsweise mit teilweisem Erfolg. Die Veröffentlichung des „Correspondenzblattes“ gibt auch einen Überblick über die gegnerischen Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen. Es sind ihrer 173, die sich auf 118 Orte verteilen. Sie zerfallen in sieben Gruppen: 1. die evangelischen Volksbüros; 2. die katholischen Sekretariate und Volksbüros; 3. die Hirsch-Dunckerschen Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen; 4. die Auskunftsstellen politischer Organisationen; 5. die Frauenrechtshilfesstellen; 6. die gemeindlichen Arbeitersekretariate; 7. die gemeinnützigen Auskunftsstellen. Über die Inanspruchnahme dieser Sekretariate usw. liegen für 1907 noch keine, für 1906 nur unvollständige Zahlen vor. Soweit das Reichs-Statistische Amt ermittelt hat, wurden 1906 von den kommunalen und staatlichen Arbeitersekretariaten an 19 208 Arbeiter, Gesellen, Dienstboten usw. und an 14 680 Arbeitgeber und andere Personen Auskunft erteilt. Die evangelischen Institute gaben 18 829 Rechtsbelehrungen usw., und die katholischen Sekretariate und Volksbüros zusammen 180 798. Es liegen keine Angaben darüber vor, in welchem Maße die Hirsch-Dunckerschen Sekretariate in Anspruch genommen worden sind. Einige der gegnerischen Sekretariate veranstalteten Antrittskurse und Vorträge über wirtschaftliche und soziale Fragen, betätigten sich bei den Wahlen von Arbeitervertretern usw. Es drängt sich die Überzeugung auf, daß die meisten Institute dieser Art als Konkurrenzunternehmen gegen die Sekretariate der freien Gewerkschaften geschaffen worden sind, und daß sie ihre Hauptaufgabe in dem Kampf gegen diese und gegen die Sozialdemokratie erblicken. Manche der gegnerischen Sekretariate haben das offen ausgesprochen. Sie erstreben zum Beispiel vor allem „die Gewinnung von Mitgliedern für die Idee des Verbandes katholischer Arbeitervereine“ und so fort. Was das bedeutet, kann sich jede ausgeklärte Proletarin an den Fingern abzählen. Vielsagend ist es auch, daß manche der bürgerlichen Auskunftsstellen für ihre Dienste ziemlich hohe Gebühren erheben, deren Ertrag für die Agitation verwendet wird, lies: für den Kampf gegen die „Unstürzler“, mögen sie in Gewerkschaften oder in der sozialdemokratischen Partei zusammengeschlossen sein. Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften dienen gewiß auch der Agitation, aber einer solchen, welche die Arbeiter und Arbeiterinnen befähigen soll, ihr Recht zu erkennen und zu verteidigen, nicht aber sie in dem Wahn verwirrender Ideen zu erhalten, die sie zu willenlosen Werkzeugen des kapitalistischen Profithungers machen. Gerade aber weil die Arbeitersekretariate sich dieses hohe Ziel setzen, lassen sie sich die treueste Vertretung der Interessen aller Mittellosen angelegen sein, die Rechtshilfe bedürfen. Sie erkennen sich daher auch in steigendem Maße des Vertrauens der arbeitenden Massen. Das bestätigt die große Ziffer ihrer Frequenz. Ihre Leistungen sind so wertvoll, daß sie sogar von den Gegnern anerkannt werden müssen. Die Genossinnen sollten keine Gelegenheit veräumen, die Arbeiterinnen auf die Sekretariate der freien Gewerkschaften aufmerksam zu machen, denn gerade die Arbeiterinnen bedürfen oft dringend zuverlässiger Rechtsbelehrung und Rechtshilfe, für die sie nicht zahlen können.

Die Aussperrung in der erzgebirgischen Strumpfwirkerlei ist nun perfekt geworden. In allen Betrieben wurde den Arbeitern und Arbeiterinnen gelündigt; etwa 3000 Personen sind von der Maßregel betroffen worden. Der Kampf dürfte noch weitere Kreise ziehen; auch in Simbach und Burgstätt sind den Arbeitern zehnjährige Lohnreduktionen angedroht worden, gegen die sie sich entschieden wehren werden. Die Lohnbewegung in der Jutespinnerei und -weberei in Schiffbeck bei Hamburg ist beigelegt. Wie gegnerische Blätter melden, nahmen die Arbeiterinnen bedingungslos die Arbeit wieder auf, weil die Firma gegen sie Kontraktbruchklagen anstrengen wollte. Der Grund scheint nicht sehr plausibel, vielmehr hat fehlende Solidarität das Hindernis für den Erfolg gebildet. — In Biersen stehen 180 Weber und Weberinnen im Ausstand; in M.-Glabach konnte nach eingereichter Kündigung eine Verständigung mit der Firma erzielt werden, bei der ein Streik in Aussicht stand. — Die internationale Organisation der Textilarbeiter macht erfreuliche Fortschritte. Seit dem letzten internationalen Kongress in Mailand hat sich die Zahl der Mit-



glieder des deutschen Verbands verdoppelt, die des Österreichs beinahe verdreifacht; England zählt 200 000 organisierte Textilarbeiter, Deutschland 120 000, Österreich 52 000, Frankreich 34 000, Belgien 12 000, die Schweiz 10 000, Dänemark 4000, Holland 1600, Ungarn 1400. Die Gesamtzahl der Textilarbeiter, welche der gewerkschaftlichen Internationale angeschlossen sind, dürfte eine halbe Million betragen, etwa 90 000 mehr als 1905, zur Zeit des Mailänder Kongresses.

Die Aussperrung der Pforzheimer Stuhlarbeiter und -arbeiterinnen dauert unverändert fort. Ein Einigungsversuch scheiterte, weil nur ein einziger Unternehmer zu den Verhandlungen erschien. Während die Arbeitervertreter sich zum Verhandeln geneigt erklärten, lehnten die Unternehmer das strikte ab. Der Buchbinderverband kann der Weiterentwicklung der Dinge mit Ruhe entgegensehen. In der Berliner Kartonindustrie bereitet sich eine Tarifbewegung vor. Die Konjunktur, die bis vor kurzem ziemlich schlecht war, hat sich in letzter Zeit etwas gehoben. Auf Seiten der organisierten Arbeiterschaft besteht die Absicht, bei Ablauf des jetzigen Tarifes eine Regelung der Arbeitsverhältnisse für die Mieter, Zuschneider und auch für die Arbeiterinnen anzustreben. Zunächst wird eine nachhaltige Agitation für die Stärkung der Organisation eingeleitet. Sie ist die Vorbedingung für den Erfolg der geplanten Bestrebungen.

In Leipzig streifen seit drei Wochen die Arbeiter und Arbeiterinnen einer Kamm- und Haarschmuckfabrik, deren Inhaber durch einen vorjährigen Streik erst Fabrikant geworden ist und bis vor kurzem der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation als Mitglied angehörte.

Auf dem Verbandstag der Gastwirtsgehilfen erfahren die Fragen der Stellenvermittlung, der Trinkgelder und der Organisationsfähigkeit der Kellnerinnen eine ausführliche Behandlung. Die Meinungen über die mögliche Organisation der Kellnerinnen, namentlich der norddeutschen, gingen wieder weit auseinander. Es herrschten kaum Zweifel darüber, daß die süddeutschen Kellnerinnen für die Gewerkschaftsorganisation gewonnen werden können. Die vorliegenden Erfolge haben es bewiesen. Dagegen wurde vielfach verneint, daß der Organisation auch die norddeutschen Kellnerinnen zugeführt werden können, die zum großen Teil als verheiratete Prostituierte gelten. Wie die unglücklichen Mädchen in den Animerie-Ateliers zur Prostitution getrieben werden, welchen schändlichen Handel die Stellenvermittler und Wirte mit lebender Ware treiben, finden unsere Leserinnen an anderer Stelle ausführlich nachgewiesen. Angesichts der Sachlage tat der Verbandstag das Richtige, wenn er beschloß, der wucherischen Stellenvermittlung im Gastwirtsberuf energisch auf den Leib zu rücken. Der Stellenwucher begünstigt nicht nur die Prostitution in den Animerie-Ateliers usw., er schädigt auch die Kellner schwer. Aus eigener Kraft dürfte der Verband vorderhand kaum erfolgreich das Umwesen der Stellenvermittlung bekämpfen können, er hat daher auch die Hilfe des Gesetzgebers angerufen. Er forderte eine Änderung der Gewerbeordnung dahingehend, daß die Erlaubnis zur gewerksmäßigen Stellenvermittlung nicht mehr erteilt werden darf, und daß die noch bestehenden Konzessionen mit dem 1. Oktober 1913 als erloschen gelten. Von diesem Datum an soll jedwede Stellenvermittlung aufhören, auch eine solche, die unentgeltlich von Vereinen geschieht. Die Gemeinden sollen verpflichtet sein, Arbeitsnachweise für das Gastwirtsberuf einzurichten. Der Verbandstag beschloß ferner, daß von den Reichsregierungen Erhebungen über die Zahl der gewerksmäßigen Stellenvermittler verlangt werden sollen, sowie über die Zahl der vermittelten Stellen und die erhobenen Gebühren. Er verpflichtete außerdem die Ortsverbände, an die Behörden mit dem Ersuchen heranzutreten, daß Plakate und Geschäftsempfehlungen gewerksmäßiger Stellenvermittler auf Bahnhöfen usw. nicht mehr angebracht werden dürfen. Werden diese Beschlüsse in die Tat umgesetzt, und tut der Gastwirtsgehilfenverband für die Organisation der Kellnerinnen, was sich nur tun läßt, so dürfte einer gefährlichen Gruppe lupulischer Blutsauger das unsaubere Handwerk gelegt werden und manche Unglückliche, welche durch gewissenlose Gewinnsucht in die soziale Niederung gestossen wird, kann des kulturellen Wirkens der Gewerkschaften teilhaftig werden.

Vorstand und Ausschuß des Maurerverbandes betreten einen außerordentlichen Verbandstag ein, um über die diesjährige Lohnbewegung und die damit zusammenhängenden Fragen Stellung zu nehmen. — Der Brauerverband wird sich auf seiner Tagung im Juli zu München unter anderem mit der Frage eines Industrieverbandes für die Arbeiterschaft der Lebensmittelbranche beschäftigen.

Auf dem Verbandstag der Stukkateure zu Nürnberg kam die Rede auch auf die Verhandlungen der Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes, die eventuelle Gründung eines Frauengewerkschaftsblattes oder einer Frauenbeilage zu den Gewerkschaftsblättern betreffend. Der Delegierte Wenzel-Berlin begründete die Meinung, daß entsprechenden Plänen mit aller Schärfe entgegenzutreten sei. Kube, Vertreter der Generalkommission, erwiderte, daß die Generalkommission sich bis jetzt mit dem Projekt der Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung noch nicht befaßt habe. Umbreit diesbezügliche Mitteilung auf dem Verbandstag der Textilarbeiter beruhe auf Gesprächen mit einzelnen Personen und nicht auf einem Beschlusse der Generalkommission. Wenn dem Gewerkschaftskongress seitens der Generalkommission ein Antrag auf die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung vorgelegt werden sollte, so sehe das eine vorherige Durchberatung und

Beschlußfassung voraus. Eine solche sei nicht erfolgt. Der Gewerkschaftskongress werde sich kaum ernstlich mit der Frage beschäftigen. Andererseits sei aber der Standpunkt nicht richtig, daß neben der „Gleichheit“ ein anderes Frauenblatt nicht geschaffen werden dürfe. Eine solche Gründung sei nicht als Konkurrenzunternehmen zu betrachten, sondern als eine notwendige Ergänzung des schon Bestehenden. Wenn die Frauenbewegung in der bisherigen Entwicklung fortfähre, so könne allerdings der Fall eintreten, daß die Frage der Gründung eines neuen Blattes aufgeworfen werde.

Der „Tabak-Arbeiter“, das Organ des Tabakarbeiterverbandes, erklärt sich gegen die Gründung eines gewerkschaftlichen Frauenblattes, als gegen eine Dezentralisation der bereits vorhandenen Kräfte. Er befürwortet nachdrücklich die seiner Ansicht nach in dem Gründungsvorschlag enthaltene Anregung, die Ausbildung weiblicher agitatorischer Kräfte energisch zu fördern. #

**Genossenschaftliche Kundschau.**

Die Gegner der Konsumvereine suchen diesen nach wie vor besonders dadurch zu schaden, daß sie behaupten, die dem Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften seien sozialdemokratische Institutionen. Außerordentlich dummes Zeug hat in dieser Hinsicht auf dem letzten Genossenschaftstag des Allgemeinen (Erügerischen) Verbandes ein Delegierter geschwätzt. So dummes Zeug, daß selbst Herr Dr. Erüger indirekt Verwahrung dagegen einlegte; er lehnte die Verantwortung für diese frechen Behauptungen ab. Der Vorgang hat den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine veranlaßt, eine offizielle Erklärung abzugeben. Sie lautet:

„Die Gegner der Konsumgenossenschaften suchen die Konsumgenossenschaftsbewegung dadurch zu schädigen, daß sie behaupten, die Konsumvereine seien sozialdemokratische Organisationen. Ein Beweis für diese Behauptungen wurde noch von keiner Seite erbracht. Auch auf dem Genossenschaftstag des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Leipzig 1907 bestritt ein Diskussionsredner den Konsumvereinen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ihre politische Neutralität und behauptete, sie hätten die Sozialdemokratie materiell unterstützt. Auch für diese Behauptung ist die in Aussicht gestellte Beweisführung bisher noch nicht erbracht. Der Verbandstag erhebt gegen diese Verdächtigungen in entschiedenster Weise Protest. Er stellt fest, daß seine Ziele nie andere waren als eine wirtschaftliche Kräftigung und Hebung der materiellen Lage seiner Mitglieder, unter Beobachtung seiner Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber allen politischen Überzeugungen und religiösen Bekenntnissen der einzelnen.“

Auf Veranlassung des Zentralverbandes ist diese Resolution auf allen Unterverbandsstagen angenommen worden, die in den letzten Wochen stattfanden. Über die politische Neutralität der Konsumvereine kann bei vernünftigen Menschen auch ohne diese Erklärung kein Zweifel mehr bestehen. Frühere gleiche Kundgebungen, vor allem aber die Praxis der Konsumvereine, zeigen zur Genüge, daß das betreffende Geschwafel der Konsumvereinsgegner jeder Grundlage entbehrt. Die böswilligen Heßer wird man aber auch durch solche Erklärungen nicht beruhigen.

Ein positives Resultat haben nunmehr die Vereinigungsbestrebungen der im Stadtkreis Berlin bestehenden zwei Konsumvereine erzielt, die leider verhältnismäßig schwach sind. Die faktische Vereinigung dürfte nur noch eine Frage kurzer Zeit sein.

Am Schlusse des Jahres 1907 hatte der größte deutsche Konsumverein, der Breslauer, 87 319 Mitglieder. Der Warenumsatz stieg von 16 933 452 auf 18 815 113 Mk., der Reinerüberschuß von 2 055 657 auf 2 358 780 Mk. Der Verein hat eine Brotfabrik, die 17 561 036 Kilogramm erzeugte; seine Mineralwasserfabrik produzierte 2 072 719 Literflaschen Selterwasser, 731 700 Flaschen Konsumbrause, 100 050 Flaschen Wilmerswasser, 143 925 Flaschen Sodawasser und 137 175 Flaschen Limonade, zusammen 3 185 569 Flaschen gegen 1 996 352 im Vorjahr. Der Verein besitzt gegenwärtig 71 Lager und 4 Kohlenniederlagen und beschäftigt 882 Personen. Er ist dem Zentralverband nicht angeschlossen.

Im weimarschen Landtag gab es vor einiger Zeit aus Anlaß einer Interpellation der Bäckerinnungen des Großherzogtums eine Debatte über das Verhältnis der Lehrer und Beamten zu den Konsumvereinen. Bei der Besprechung dieser Eingabe erklärte der Staatsminister Dr. Rothe: „Die Regierung hat sich mit der Angelegenheit eingehend beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gelangt, daß den Staatsbeamten und Lehrern die Mitgliedschaft an den Konsumvereinen nicht verweigert werden kann, wenn man sie nicht geradezu als Staatsbürger zweiter Klasse erniedrigen will. Man würde den Beamten verbieten, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern und zu sichern. Mit solchen Grundfragen bemängeln Sie die Ehrenhaftigkeit jedes einzelnen Beamten, und das kann ich nicht zugeben. Weiter kann ich nicht zugeben, daß durch den Eintritt eines Beamten in den Konsumverein das Staatswohl beeinträchtigt wird, und ebenso halte ich es nicht für im Interesse des Staates, auf die Beamten einen sanfteren Druck auszuüben, um sie zum Austritt zu veranlassen. Ja, sogar positive Maßnahmen verlangt man. Man möge doch nicht vergessen, wenn man vom Mittelstand spricht, daß auch der Beamte zum Mittelstand gehört. Der kleine Beamte muß trotz der Aufbesserung, die er erhalten hat, unter mißlichen Verhältnissen weiterleben.“ — Weimar liegt nicht in Sachsen. Dort sagte kürzlich ein Minister fast das gerade Gegenteil!

Dem Verband der französischen sozialistischen Genossenschaften, der „Bourse“, sind im Jahre 1907 insgesamt 70 neue Genossenschaften sowie die Großeinkaufsgesellschaft und die Feuerversicherungs-genossenschaft beigetreten, die beide der „Bourse“ ihr Entstehen verdanken. Von den 250 angeschlossenen Gewerkschaften sind die drei folgenden am bedeutendsten. Die Pariser „Bellevilloise“, die im verfloffenen Jahre die Zahl der Mitglieder von 6121 auf 6500, den Umsatz von 2 520 000 Mk. auf 3 040 000 Mk. und die Zahl der Beschäftigten von 109 auf 137 erhöhte, eine Apotheke und eine Poliklinik besitzt und den Mitgliedern von sechs Ärzten freie Behandlung angeheißt läßt. Die „Avenir de la Plaisance“ in Paris mit 3925 Mitgliedern und 76 000 Mk. Umsatzsteigerung. Die „Union“ in Amiens mit 3800 Mitgliedern und 270 080 Mk. Umsatzsteigerung. 42 Produktivgenossenschaften, die sich mit der Herstellung von Korben, Bürsten, Schuhwaren, Schokolade, Biskuits, Wein, Papierbeuteln, Druckfäßen, Glaswaren, Kartons und dergleichen beschäftigten, erreichten einen Umsatz von 8 000 000 Mk. „Le Bulletin“, das Monatsorgan der „Bourse“, hat seinen Umfang verdoppelt und erscheint jetzt 16 Seiten stark.

Eine der bedeutendsten genossenschaftlichen Einrichtungen Ungarns ist die Konsumgenossenschaft der ungarischen Staatsbahnbeamten. Fünfzehntausend Familien sind Mitglieder dieser Konsumgenossenschaft. Sie wurde vor 25 Jahren gegründet zu dem Zwecke, die Angestellten der ungarischen Staatsbahnen mit guten und billigen Konsumartikeln zu versehen. Der Konsumverein erzielte im ersten Jahre schon 820 000 Kronen Umsatz, heute übersteigt der jährliche Umsatz 3 000 000 Kronen, der Reingewinn betrug 500 000 Kronen. Der Verein hat 16 Filialen und ein Stammkapital von 500 000 Kronen. H. Fl.

Die Heranziehung der Frauen in die Verwaltungsorgane der Konsumvereine ist von dem Verbandstag der süddeutschen Konsumvereine zu Billingen beschlossen worden. Die Begründung des entsprechenden Antrags erfolgte durch Genossin Schmitz-München. Diese betonte, daß die Frau als Konsumentin Mitarbeiterin sei. Daher sei sie auch berechtigt, in der Verwaltung mitzuwirken. Der Antrag wurde eingehend diskutiert. Genosse Feuerstein-Stuttgart befragte ihn warm. Er sagte, die Frau wolle nicht nur ein dienendes Mitglied in der Konsumbewegung sein, sondern auch mitraten und mittaten. Wenn sie für die Konsumvereine ernstlich interessiert werden sollte, so müsse sie auch zur Mitarbeit in der Verwaltung herangezogen werden. Die Genossen Bodt-München und Hammerbacher-Erlangen berichteten über die guten Erfahrungen, welche die Konsumvereine dieser Städte mit der Tätigkeit der Frauen im Aufsichtsrat gemacht haben. Mit allen gegen eine Stimme wurde folgende Resolution angenommen: „Der Verbandstag erkennt die Gründe an, die die Frauen veranlassen, mehr als bisher Einfluß in dem Konsumverein zu erlangen. Der Verbandstag erachtet es deshalb als seine Aufgabe, an die Verbandsvereine den Appell zu richten, soweit dies noch nicht geschehen, in Zukunft bei Wahlen für den Aufsichtsrat Sorge zu tragen, daß auch Frauen mit in die Verwaltung einbezogen werden.“ Th. N.

**Notizenteil.**

**Dienstbotenfrage.**

In einer ersten, gut besuchten Dienstbotenversammlung in Stuttgart, die Sonntag den 24. Mai in der Arbeiterhalle stattfand, referierte Genossin Grünberg über „Die soziale Lage der Hausangestellten und die Notwendigkeit ihrer Vereinigung“. Die Versammlung war von den Vereinigten Gewerkschaften einberufen und durch die Verbreitung von Handzetteln wie durch Annoncen unter Mithilfe der Genossinnen vorbereitet worden. Die Ausführungen der Referentin wurden wiederholt durch Kundgebungen der Zustimmung aus den Reihen der Versammelten unterbrochen. Der Vortrag gipfelte in der Mahnung an die Mädchen, über ihre Lage nachzudenken, das Gehörte weiterzutragen und dahin zu wirken, daß auch in Stuttgart bald ein Dienstbotenverein ins Leben gerufen werden könne. In der Diskussion sprachen mehrere Referenten; sie bekräftigten und ergänzten die Ausführungen der Referentin durch die Schilderung eigener Erlebnisse, die ergreifend wirkte. Jedes der Mädchen war schon in Stellungen gewesen, wo es bei harter Arbeit schmale Bissen gegeben hatte, ja, wo das Hungern zum Dienst gehörte. Alle begrüßten die Gründung einer Dienstbotenorganisation; eine Rednerin erklärte, daß sie seit langem gewünscht habe, eine solche möchte gegründet werden. Fräulein Ruf, die Hausnäherin ist, wies darauf hin, daß die unbeschränkte Arbeitszeit den Mädchen zum größten Teil die Möglichkeit nimmt, sich Wäsche und Kleider selbst zu nähern; sie müßten infolgedessen viel Geld für die Herstellung und Ausbesserung ihrer Sachen ausgeben. 60 Mädchen erklärten sich bereit, einem Dienstbotenverein beizutreten. Der Vorsitzende, Arbeitersekretär Raether, machte bekannt, daß in drei Wochen eine zweite Dienstbotenversammlung stattfindet, in der die Konstituierung des Vereins erfolgen soll. Kaum daß die Versammlung, welche die Bewegung der Dienstboten einleiten sollte, öffentlich bekannt gegeben war, fiel das angeblich unparteiische Stuttgarter „Neue Tagblatt“ über sie her. Nach ihrem Stattfinden taten es ihm andere Blätter nach. Besonders zeichnete sich in der Begeisterung des Referats und der Dienstbotenbewegung der volksparteiliche „Beobachter“ aus. Diese Angriffe werden die Mädchen nur auf die Bewegung aufmerksam machen und ihre Organisation fördern.

Schon für die jugendlichen Dienstboten. Um die Osterzeit beginnen die bürgerlichen Jugendschutzvereine ihre



angeblich fürsorgliche Tätigkeit für die Töchter des Proletariats. Sie verschaffen sich die Adressen der Mädchen, die aus der Schule entlassen werden, um ihnen gute Stellen als Dienstmädchen nachzuweisen. Mit der Vermittlung werden Damen beauftragt, die die Eltern der Kinder aufsuchen und ihnen gewöhnlich nicht genug des Guten über die zu vermittelnde Stelle sagen können: die Tochter werde es gut haben, ein lustiges Zimmer erhalten, ein gutes Bett, gutes, reichliches Essen und gute Behandlung. Sie werde in allen häuslichen Arbeiten so angeleitet werden, daß sie später sämtliche Verrichtungen des Haushalts selbständig tun könne. Wenn eine Mutter schüchtern nach dem Lohne fragt, so wird ihr zur Antwort, daß die Eltern statt auf hohen Lohn lieber auf gute Behandlung sehen möchten. Meist gestaltet sich das Leben einer 14 bis 15 jährigen Anfängerin im Dienst ganz anders, als sie es sich nach den schönen Schilderungen gedacht hat. Aber die Länge der Arbeitszeit wird häufig bei dem Vermieten gar nicht gesprochen, und so muß das Mädchen oft von morgens 6 Uhr an bis in die sinkende Nacht auf den Beinen sein, um die vielseitige Arbeit zu verrichten, die in einem bürgerlichen Hause nie alle wird, besonders wenn Kinder vorhanden sind. Kaum darf das Mädchen bei den Mahlzeiten sitzen bleiben, fortwährend ist der Klingelzug in Bewegung. Ist die Arme überanstrengt, und kann sie infolge dessen die Befehle nicht schnell genug ausführen, so erhält sie Schelte und bei einer nervösen Dame wohl auch Prüge. Da ist es kein Wunder, wenn manches junge Ding an ein oder zwei Stellen übergenug hat, dem Hausdienst den Rücken lehrt und ihm jede andere Tätigkeit in Fabriken oder kaufmännischen Geschäften vorzieht, wo die Arbeit zeitlich beschränkt ist. Manches Mädchen aber, das mit Engelsgebild alle Strapazen und Schikanierungen aushält, muß das mit seiner Gesundheit bezahlen. Die Unterzeichnete besuchte im Krankenhaus eine Bekannte und erfuhr dabei, daß in dem betreffenden Saal außer zwei Frauen lauter bleichsüchtige Dienstmädchen lagen, von denen in zwei Tagen drei gestorben waren. Bis zur völligen Ermattung ausgebeutet, waren sie ins Krankenhaus gebracht worden und starben hier als Opfer ihres Berufs. Meine vierzehnjährige Tochter diente bei zwei Damen — Mutter und erwachsene Tochter — in der Haselbrockstraße in Hamburg. Der Arbeitstag dauerte von morgens 6 Uhr bis abends 10 1/2 Uhr, öfter sogar noch länger. Bevor meine Tochter zu Bett ging, mußte sie anknöpfen und fragen: „Hat die Dame noch einen Wunsch?“ An den Tagen, an denen sie die Eltern besuchen durfte, hat sie nach ihrer Rückkehr wiederholt des Nachts bis 12 Uhr vor der Haustür auf die Damen warten müssen, die das Theater besuchten und ihre Mädchen rücksichtslos den Gefahren der Straße überantworteten. Um eine Wendung zum Besseren in den Verhältnissen der jugendlichen Dienstmädchen herbeizuführen, müssen die Mädchen sich ausklären, organisieren, müssen sie mit den Herrschaften einen freien Arbeitsvertrag abschließen, der die mittelalterlichen Bestimmungen der Gefindeordnungen außer Kraft setzt. Die Organisation wird sich aller ihrer Mitglieder annehmen, ganz besonders aber der jugendlichen. Diese bedürfen in erhöhtem Maße des Schutzes eines kraftvollen Vereins. Ihre Jugend wird oft genug von brutalen Herrschaften besonders ausgeübt, und als Zugabe zu der Ausbeutung der Arbeitskraft und Gesundheit setzt es eine demütigende, knechtende Behandlung. „Ein junges Ding muß arbeiten und sich fügen lernen“, heißt es. Der Entwicklung von Körper, Geist und Charakter eines jungen Mädchens schaden aber derartige Erfahrungen außerordentlich viel. Eltern, schützt darum eure jungen Töchter, indem ihr sie dem Dienstmädchenverein zuführt. W. Mangel.

**Frauenstimmrecht.**

**I. K. Vorbereitungen zum Kampfe um das allgemeine Frauenwahlrecht in Norwegen.** Als politische Wählerinnen wird ein Teil der norwegischen Frauen bei den Stortingswahlen des nächsten Jahres zum erstenmal an die Urne treten. Wir sagen ein Teil der Frauen, weil in Norwegen nicht das allgemeine politische Frauenwahlrecht eingeführt worden ist, sondern nur ein Jenseitswahlrecht, das in der Hauptsache den Frauen der begüterten Klassen zugute kommt. Die angebliche politische Emanzipation des weiblichen Geschlechts ist in Wirklichkeit die Emanzipation des weiblichen Geldbeutels. Hunderttausende Proletarierinnen, die in Gewerbe und Landwirtschaft wertschöpfend tätig sind, die als Hausfrauen und Mütter unerfährliches für den größten Reichtum des Volkes leisten, für das Erblassen eines gesunden Nachwuchses: sie stehen nach wie vor mit Kindern und Unmündigen auf einer Stufe. Nicht weil sie Frauen sind, nein, weil sie zu den Armen, zu den Ausgebeuteten gehören. Die norwegischen Genossinnen bereiten daher alles vor, um den bevorstehenden Wahlkampf als Wahlrechtskampf zu führen, welcher der Eroberung des Bürgerrechts für alle großjährigen Frauen gilt. Die Lösung ist am 24. Mai auf einer großen Versammlung gegeben worden, welche der Frauenverband der Arbeiterpartei in Christiania abgehalten hat. Genossin L ynäs, die Vorsitzende des Verbandes, und Genossin Zeppesen, Redakteur des „Sozialdemokraten“, hielten die einleitenden Referate. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß der Verband bei den nächsten Stortingswahlen eine kräftige Agitation zugunsten des allgemeinen Wahlrechts für beide Geschlechter zu entfalten habe. Er soll zu diesem Zwecke alle Arbeiter- und Frauenorganisationen auffordern: 1. in übereinstimmenden Resolutionen an das Storting und die Regierung die Forderung zu erheben; 2. nur solche Storting-

landparlamenten zu unterstützen, die sich verpflichten, für völlige politische Gleichberechtigung der Frauen und Männer zu stimmen; 3. zu beschließen, diese Forderung in das Agitationsprogramm des nächsten Wahlkampfes aufzunehmen. Bekanntlich besitzen in Norwegen die Männer bereits das allgemeine Wahlrecht; das Jenseitswahlrecht für die Frauen wurde gerade als „Korrektur“, als „Gegengift“ gegen den Dant des allgemeinen Wahlrechts wachsenden politischen Einfluß der Arbeiterklasse eingeführt. Daher die Forderung der Verbandsversammlung, gleiches politisches Recht für Frauen und Männer zu schaffen. Der Beschluß stellt die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vor den Zwang, Farbe zu bekennen und durch Taten zu beweisen, ob und wie weit sie für das Recht des weiblichen Geschlechts oder die Macht des Besitzes sind. Hic Rhodus, hic salta! Rhodus liegt vor ihnen, werden sie springen?

**Wachsende Aussicht auf Einführung des Frauenstimmrechts in England** ist vorhanden. Die Regierung zeigt sich bereit, vor der Energie der Frauenstimmrechtsbewegung zu kapitulieren. Das erhellt aus der Antwort, welche Asquith einer Deputation von liberalen Abgeordneten gab, die Befürworter des Frauenwahlrechts sind. Der Minister erklärte, die Regierung werde noch vor Ablauf dieser Legislaturperiode eine Vorlage zu einer Wahlreform einbringen. Sie habe nichts dagegen, wenn aus dem Hause heraus ein Zusatzantrag gestellt werde, der die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen bringt. Das Frauenwahlrecht soll also als Teil einer Wahlrechtsreform überhaupt kommen. Wie diese Wahlrechtsreform aussehen wird, darüber äußerte der Minister nichts Bestimmtes. Immerhin erklärte er, sie solle „die aus dem verworrenen Stande der Wahlgesetze folgenden Übelstände heilen — die Länge der zum Erwerb des Stimmrechts notwendige Sehaftigkeit, das mehrfache Stimmrecht und die der Wirklichkeit nicht entsprechenden verschiedenen Arten der Wahlbefähigung“. Des weitern meinte er, das Frauenstimmrecht müsse „demokratisch“ sein und nicht bloß einer bestimmten Klasse von Frauen zugute kommen. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob das Frauenwahlrecht als allgemeines Recht eingeführt wird, wie die sozialdemokratische Föderation es fordert, oder als Damenvorrecht, wie es die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen begehren.

**Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.**

**Du bist gebenedeit unter den Weibern . . .** Achtung, ja Ehrfurcht vor dem Weibe, unter dessen Herzen ein junges Leben leimt, war seit je nicht bloß ein Merkmal hochstehender Völker, sondern auch auf niedriger Kulturstufe stehenden „Wilden“ eigentümlich. Denn diese Achtung entspringt in letzter Wurzel nur einem durchaus natürlichen Instinkt: dem Instinkt für die Erhaltung des Nachwuchses, der Gattung. Dem Kapitalismus ist die Achtung vor der Schwangeren fremd, sobald die Schwangere arm ist. Er kennt nur eine Achtung: die vor dem Besitz, und in ihm ist nur ein Instinkt der herrschende: die Sehnsucht nach Profit. Das schreien die Tatsachen unseren Proletarierinnen in die Ohren. Wenn Prinzessinnen ihrer schweren Stunde entgegengehen, dann beten die Geistlichen von allen Kanzeln des Landes den Segen Gottes auf sie herab. Die Bourgeoisfrau wird in ihrer Schwangerschaft mit aller nur erdenklichen Pflege und Sorgfalt umgeben. Der „gesegnete“ Leib der Arbeiterin aber, die verdammt ist, in schwerer Fron ihren kümmerlichen Lebensunterhalt erwerben zu müssen, ist den schlimmsten und rohesten Mißhandlungen durch schwere körperliche Arbeit fast bis zur letzten Stunde ausgefetzt. Zwei Arbeiterinnen der Schottländischen Ziegelei in Friedewald bei Breslau haben jüngst erst wieder die unglücklichen Qualen der Schwangerschaft einer ins Ausbeutungsjoch geschmiedeten Proletarierin durchkosten müssen. Die gegenwärtige faule Bautätigkeit veranlaßt den Besitzer der Dampfziegelei, einen über Millionen verfügenden Mann, seine Produktion einzuschränken. Da weniger Ziegel hergestellt werden, braucht er auch weniger Arbeitskräfte. Zwar würde es dem Millionär kaum schwer fallen, die Arbeiter auch durch die weniger beschäftigungsreiche Zeit durchzuschleppen. Er braucht dafür nur etwas von dem Riesengewinn aufzuwenden, den er während der guten Konjunktur aus ihrem Mühen herauspreihte. Damit gäbe er ihnen ja nur in Gestalt von Arbeitslohn einen Teil des von ihnen erzeugten Wertes zurück, den er ihnen nicht bezahlt, den er ihnen „von Rechts wegen“ vorenthalten hat. Aber ein Kamel würde eher durch ein Nadelöhr gehen, denn daß gerade ein millionenschwerer Unternehmer der entsprechenden Tat fähig wäre. Und so entließ der Besitzer der Dampfziegelei einen Teil seiner Arbeiter, unbelümmert darum, wovon diese nun leben werden; er hat ja mehr als genug, um sich satt zu essen. Zwar hätte er zunächst die bisher bei ihm beschäftigten Strafgefangenen zurück in ihre Anstalt schicken können, dort müssen sie ja ernährt werden, auch wenn keine Arbeit vorhanden wäre. Oder er hätte die Galizier entlassen können, die als Lohndrücker ins Land gekommen sind, und von denen seine eigenen Gefinnungsgegnossen meinen, sie seien infolge ihrer Untkultur und Rohheit eine Landplage. Aber dann wäre unser Millionär doch ein recht schlechter Geschäftsmann: die billigen Arbeitskräfte ließe er fahren und die teuren behielte er! Nein, der Mann versteht besser zu rechnen. Er schießt die Einheimischen fort, und er weiß, daß nun, von der Not getrieben, deren Frauen kommen und sich ihm als doppelt billige Arbeitskraft anbieten werden. Er braucht nur zuzugreifen. Wenn ein paar Schwangere darunter sind — was tut es; die kann er wegen ihrer „verminderten Leistungsfähigkeit“ erst recht billig bekommen. So wurden die beiden Proletarierinnen eingestellt, von deren Schicksal wir hier berichten wollen. Von einer

Rücksicht auf ihre „verminderte Leistungsfähigkeit“ haben sie nichts zu spüren bekommen. Die eine, Frau Mathäa, mußte trotz ihrem Zustande die schwere Männerarbeit des Zufahrens der Ziegel verrichten! Bis sie zusammenbrach und bald darauf im Krankenhause starb. Vier kleine Kinder folgten ihrem Sarge. Nicht viel besser erging es Frau Göppert. Sie mußte für die Schließung der Windluken sorgen, eine Arbeit, die wegen ihrer relativen Gefährlichkeit bisher stets von Männern verrichtet worden war. Infolge der Unbeholfenheit, die durch ihre Schwangerschaft bedingt wurde, stürzte sie 4 Meter tief ab und blieb eine Stunde lang schwer verletzt liegen, bis man sie auf einen Bretterwagen lud und zum Arzte fuhr. Die Arbeiterin, in deren Schoß sich neues Leben regt, ist nicht die Gebenedeite unter den Weibern, von der das hohe Lied der Schwangerschaft in der christlichen Evangelienlage spricht, sondern die Verfluchte unter den Weibern. Wenn in irgend etwas, so offenbart sich der Widersinn der vielgerühmten „göttlichen Weltordnung“ in dieser Tatsache. ek.

**Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens.**

**Frauenarbeit in Preußen.** Wie der kapitalistische Hunger nach der niedriger entlohnerten weiblichen Arbeitskraft wächst, das zeigen deutlich die Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1907. Nach den statistischen Ausweisen ist die Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter im Jahre 1907 gegen 1906 um 88 325 auf 3 069 498 hat sich die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte um 27 570 gestiegen. Die Zunahme beträgt 2,78 Prozent. Dagegen auf 837 929 vermehrt, das heißt um 4,52 Prozent. Stellt man die beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte nach Altersgruppen zusammen, und zwar im Vergleich des Jahres 1904 zu 1907, dann ergibt sich folgendes Bild:

Anzahl der	1904	1907	Zunahme in 1907 Proz.
Arbeiterinnen überhaupt . . .	554 026	637 929	15,14
über 21 Jahre alten Arbeiterinnen . . . . .	286 694	326 100	13,74
16 bis 21 Jahre alten Arbeiterinnen . . . . .	201 044	236 855	17,81
jugendlichen Arbeiterinnen . . .	65 392	75 570	15,56
weiblichen Kinder . . . . .	896	1 159	29,85

In den der Gewerbeinspektion unterstellten Fabrikbetrieben waren 1904 2 704 945 Personen beschäftigt; im Jahre 1907 war die Zahl um 364 553 höher; die Zunahme beträgt 13,47 Prozent. Das Anwachsen der weiblichen Arbeitskräfte war demnach bedeutend stärker als die Steigerung der Zahl der Beschäftigten überhaupt.

In den obigen Angaben sind nicht enthalten die im Bergbau beschäftigten Arbeiterinnen. Deren Zahl stellt sich für 1907 auf 10 718 oder 326 mehr als im Vorjahr. Die Zunahme ist demnach hier nur gering. Daß aber die Frau nicht nur vorübergehend Beschäftigung im Bergbau gefunden hat, daß sie heimisch geworden ist auch in dieser Industrie, beweist ihr fast stabiler Anteil an der Gesamtbelegschaft. Es sind der Frau bestimmte Arbeiten zugewiesen, die mit dem Grade der Produktion ein wechselndes Quantum Arbeitskraft beanspruchen. Wir stellen die Zahlen eines Jahres der Krise und die zweier Jahre der Hochkonjunktur im Vergleich. Der Anteil der weiblichen Arbeiter an der Gesamtbelegschaft im Bergbau betrug in Prozenten

	in Ober-schlesien	in Nieder-schlesien	im Bezirk Halle	im sonstigen rechtsrhein. Distrikt	im sonstigen linksrhein. Distrikt
1906	5,4	1,5	2,3	2,8	2,6
1906	5,5	1,3	2,4	2,5	2,8
1907	5,5	1,4	2,3	2,1	2,6

Die von diesen Arbeiterinnen geleistete Arbeit darf man als ziemlich gleichwertig mit der schähen, die von oberirdisch beschäftigten erwachsenen männlichen Hilfsarbeitern geleistet wird. Aber die Frauen werden viel schlechter bezahlt als diese; ja ihr Lohn erhebt sich nur wenig über den Lohn der unter 16 Jahre alten jugendlichen Arbeiter oder bleibt sogar noch dahinter zurück. Wir veranschaulichen das Lohnverhältnis durch folgende Tabelle. Es betrug der Durchschnittslohn der über Tage beschäftigten Arbeiter in Mark für

	erwachsene männliche 1906	erwachsene männliche 1907	weibliche 1906	weibliche 1907	jugendliche 1906	jugendliche 1907
in Oberschlesien . . .	2,81	3,00	1,17	1,24	1,06	1,16
in Niederschlesien . .	2,83	2,99	1,56	1,60	1,13	1,19
im Bezirk Halle . . .	3,23	3,30	1,75	1,89	1,65	1,75
im Bezirk Siegen . . .	3,49	3,68	1,61	1,73	1,75	1,90
im Bezirk Nassau . . .	2,92	3,18	1,24	1,24	1,50	1,70
im sonst. rechtsrhein. Bezirk . . . . .	2,95	3,13	1,37	1,45	1,51	1,63
im sonst. linksrhein. Bezirk . . . . .	2,61	2,67	1,53	1,60	1,26	1,36

In Oberschlesien, wo die Frauenarbeit in den Bergwerken am stärksten verbreitet ist, betrug im letzten Jahre der Frauenlohn nur 41,3 Prozent des Männerlohnes; im Erzbergbau bleibt der Lohn für Frauen hinter dem der jugendlichen sogar noch zurück. Wo es sich um Ausnützung der Arbeitskraft handelt, ist von einer Hochschätzung des Weibes, von der die Spießherren und Scharfmacher in und außerhalb der Parlamente so gern fabulieren, nichts zu spüren. W. D.



## Des Agenten Erzählung.

Von Mark Twain.

Armer betrübter Fremdling! Es lag etwas in seinen bescheidenen Mienen, seinem milden Blick, seiner abgetragenen besseren Kleidung, das die Saat des Mitleids in meinem Herzen jäh emporstiehen ließ, trotzdem ich unter seinem Arm ein Vorteseuille bemerkte, was mich zu dem stillen Gebete veranlaßte: „Laß, o Schicksal, mich nicht wieder in die Hand eines Agenten fallen!“

Wahrhaftig! Diese Leute wissen immer ein Interesse zu erwecken. Bevor ich noch recht wußte, wie es kam, erzählte mir der Fremde schon seine Lebensgeschichte, und ich war voller Aufmerksamkeit und Teilnahme. Was er berichtete, war ungefähr folgendes: „Meine Eltern starben, ach, als ich noch ein kleines, schuldloses Wesen war. Mein Oheim Jhurriel schloß mich in sein Herz und betrachtete mich als sein eigenes Kind. Er war mein einziger Verwandter in der großen weiten Welt; aber er war gutartig, reich und freigebig.“

„Im Laufe der Zeit beendete ich meine Universitätsstudien, und ich ging mit zwei Dienern auf Reisen. Vier Jahre lang flog ich auf den leichten Schwingen der Freude von Land zu Land. Verzeihen Sie diese poetische Ausdrucksweise einem Menschen, der stets für die Dichtkunst schwärmte; ich wage dies um so mehr, als ich in Ihrem Blick sehe, daß Sie dieser göttlichen Kunst geweiht sind. In jenen fernen Ländern labte ich mich an dieser arabischen Speise, die Seele, Geist und Herz erquickt. Aber von allen Dingen, die ich ersehnte, gefiel meinem angeborenen ästhetischen Sinn noch am meisten der Brauch reicher Leute, schöne und kostbare Seltenheiten zu sammeln, und in einer unglückseligen Stunde versuchte ich meinen Oheim Jhurriel mit dieser Sache zu befreunden. Ich schrieb und erzählte ihm von der prächtigen Muschelsammlung des einen, von der schönen Meeresschaumpfeifen-Kollektion des andern, von des dritten reichhaltigem und unlesbarem Autographenschatz, von des vierten unschätzbaren Anhäufung von altem Porzellan, von des nächsten wertvolleren Briefmarkensammlung usw. usw. Bald brachten meine Briefe Früchte: mein Oheim hielt Anschau, was er wohl sammeln könne. Sie wissen vielleicht, wie rasch sich solche Liebhabereien entwickeln. Bald war er von der Sammelmüt ergriffen. Er vernachlässigte seinen großen Schweinehandel und zog sich bald sogar ganz von den Geschäften zurück, um sich völlig der Sammelmanie zu ergeben. Sein Vermögen war groß, und er sparte es für diesen Zweck nicht. Zuerst sammelte er Ruhgloden. Er brachte eine Kollektion zusammen, die fünf große Säle füllte, und die alle Arten von Ruhgloden umfaßte, die jemals geschaffen wurden — eine ausgenommen. Diese eine — ein antikes Stück, das einzige seiner Art — war im Besitze eines andern Sammlers. Mein Oheim bot einen Riesebetrag dafür, doch der Eigentümer wollte sie nicht ablassen. Was da kam, können Sie sich denken! Ein rechter Sammler legt keinen Wert auf eine Sammlung, die nicht vollständig ist. Sein großes Herz bricht, er verkauft seinen Schatz und wendet sein Interesse einem Gebiete zu, das noch unbesetzt zu sein scheint.“

„So tat auch mein Oheim. Er versuchte es nun mit Ziegelfeinen. Nachdem er eine große und sehr interessante Sammlung angelegt hatte, machte sich das frühere Übel wieder geltend. Sein großes Herz brach wieder. Er verkaufte das Ideal seines Herzens einem Bräuer, der sich von den Geschäften zurückgezogen hatte, und der im Besitz des fehlenden Backsteins war. Jetzt versuchte er es mit Geräten aus der Steinzeit. Doch da kam er bald dahinter, daß die Fabrik, die seinen Bedarf deckte, auch andere Sammler mit gleichen Gegenständen versorgte. Nun sammelte er aztekische Inschriften und ausgestopfte Walfische, doch nach ungeheuren Mühen und Ausgaben kam auch hier der Jammer. Als seine Sammlungen schon völlig komplett zu sein schienen, langten aus Grönland ein ausgestopfter Walfisch an, und aus Candurango, in Zentralamerika, eine aztekische Inschrift, die alles Vorhandene übertraf. Mein Oheim beeilte sich, in Besitz dieser kostbaren Schätze zu gelangen. Es gelang ihm wohl, den ausgestopften Walfisch zu erhalten, doch die Inschrift fiel ihm ein anderer Sammler fort. Ein echter Candurango ist, wie Sie vielleicht wissen werden, eine solche Kostbarkeit, daß der glückliche Sammler, dem es gelungen ist, in Besitz dessen zu kommen, es vorziehen würde, sich von seiner Familie zu trennen, ehe er von der Inschrift lassen wollte. So sah denn mein Oheim seinen Liebling dahinziehen, um nie wieder zurückzukehren, wodurch sein rhabenschwarzes Paar in einer einzigen Nacht weiß wie Schnee wurde.“

„Jetzt wartete er eine Zeitlang und dachte nach. Er fühlte, daß noch ein solcher Unglücksfall ihn töten müsse. Er war entschlossen, nunmehr ein Sammelobjekt

zu wählen, worauf noch kein Mensch verfallen war. Er überlegte sich die Sache gründlich, sehr gründlich und trat dann endlich hervor, um — Echos zu sammeln.“

„Was?“ fragte ich.  
„Echos, Herr! Sein erster Einkauf war ein Echo in Georgia, das viermal wiederhallte; sein nächster ein Sechsecho in Maryland; der folgende ein Dreizehnecho in Maine; der nachfolgende ein Neunecho in Kansas, dem wieder ein Zwölfecho in Tennessee folgte. Das letztere konnte er wohlfeil erstehen, denn es war sozusagen fast außer Betrieb. Ein Felsblock, der den Widerhall schuf, war herabgestürzt. Mein Oheim hoffte jedoch mit einigen tausend Dollar Kosten die Sache wieder herzustellen, ja sogar durch eine ausgeführte Mauer den Widerhall zu verstärken. Der Architekt jedoch, der die Arbeit übernahm, hatte vorher noch kein Echo erbaut, er versuchte daher die Sache gänzlich. Ehe er ans Werk ging, pflegte es doch noch zurückzureden, wie eine Schwiegermutter; jetzt aber war es nur für ein Tandstummensasyl geeignet. Dann kaufte mein Oheim eine Gruppe billiger, kleiner Doppelsechos, die im ganzen Lande zerstreut lagen. Er bekam sie um 20 Prozent wohlfeiler, weil er die ganze Gruppe kaufte. Danach schaffte er sich ein Echo in Oregon an, eine wahre Gattlingkanone, die ihm, Sie mögen mir's glauben, ein Vermögen kostete. Vielleicht ist Ihnen, mein Herr, bekannt, daß der Preis der Echos sich mit der Zahl des Wiederhalls steigert, sozusagen wie die Karatfala der Brillanten. Ein einfarbiges Echo ist nur zehn Dollar mehr wert, als das Grundstück kostet, worauf es laut wird. Ein zweifarbiges Echo ist dreißig Dollar mehr wert, ein fünffarbiges Echo neunhundertfünzig, ein zehnfarbiges dreizehntausend Dollar. Meines Oheims Oregon-Echo, genannt „The Great Pitt Echo“, war ein zwanzigfarbiges Juwel und kostete zweimalhundertsechzigtausend Dollar. Es lag vierhundert Meilen von der nächsten Ansiedlung fern.“

„Ach, und in derselben Zeit wandelte ich auf Rosen. Ich war der Bräutigam der einzigen und lieblichen Tochter eines englischen Carls und über Hals und Kopf verliebt. Ich schwamm in einem Meer voll Wonne. Der Familie war ich recht, zumal es bekannt war, ich sei der einzige Erbe meines Oheims, der ein Vermögen von fünf Millionen Dollar besaß. Niemand von uns wußte eben, daß mein Oheim zum Sammler geworden war.“

„Da aber sammelten sich die Wolken über mein schuldloses Haupt. Das göttliche Echo wurde entdeckt, das seither in der Welt als ‚der große Kohinor‘ bekannt ist, auch als ‚Berg des Widerhalls‘. Das war ein Juwel von fünfundsiebzig Grad. Fünfzehn Minuten lang wurde bei klarem Wetter der Widerhall eines ausgesprochenen Wortes fünfundsiebzigmal laut. Doch ein anderer Umstand kam nunmehr zur Geltung: ein zweites Echosammler erschien auf dem Felde. Beide beeilten sich, um den einzigen Kauf vornehmen zu können. Das Besitztum bestand aus zwei kleinen Hügeln, zwischen denen sich ein seichtes Wässerchen hinzog, und liegt abseits der Ansiedlungen des Staates New York. Die Sammler langten dort gleichzeitig an, doch wußte keiner von der Ankunft des andern. Das Echo hatte nicht bloß einen Eigentümer. Einem Manne namens William Boliver Jarvis gehörte der östliche Hügel; einem Manne namens Harbiton J. Bledso der westliche; das Wässerchen bildete die Abgrenzung. Während nun mein Oheim von Jarvis den Hügel um drei Millionen zweihundertachtzigtausend Dollar kaufte, erstand der andere Bledso's Hügel um über drei Millionen.“

„Wissen Sie, was nun geschah? Die prächtigste Echosammlung der Welt war nun für immer und immer unkomplett, denn sie umfaßte nur die Hälfte des Königs aller Widerhalls. Keiner der beiden Sammler war mit dieser geteilten Besitzerschaft zufrieden, keiner von beiden wollte seinen Anteil dem andern überlassen. Da gab's ein Zähnelnirschen, ein Zärnen, ein Zanken! Und endlich beabsichtigte meines Oheims Konkurrent sogar, mit einer Bosheit, wie sie nur Sammlern zu eigen sein kann, seinen Hügel abzutragen und damit das Echo zu zerstören. Weil er nicht das ganze Echo haben konnte, so sollte es niemand besitzen. Mein Oheim remonstrierte dagegen, doch der Mann sagte: ‚Mir gehört ein Teil dieses Echos und ich will diesen Teil vernichten. Kümmeren Sie sich um Ihren Teil.‘“

„Mein Oheim erwirkte nun einen gerichtlichen Einstellungsbegehren. Der andere appellierte, und schließlich kam die Sache zum obersten Gerichtshof. Dem machte die Sache nicht wenig Kopfzerbrechen. Zwei der Richter meinten, ein Echo wäre ein persönlicher Besitz, denn es könne weder gesehen, noch berührt werden; und dennoch war es käuflich und daher auch taxierbar. Zwei andere Richter glaubten, ein Echo wäre eine Realität, denn es gehört erkennbarerweise dem Boden an und könne nicht von Ort zu Ort bewegt werden. Wieder andere Richter urteilten, ein Echo wäre überhaupt kein Eigentum.“

„Schließlich wurde erkannt, daß das Echo ein Eigentum sei, daß die Hügel Eigentum seien, daß jeder der

betreffenden zwei Männer unabhängig vom andern seinen Hügel besitze, das Echo jedoch gemeinsames Eigentum wäre. Daher wurde dem Beklagten freigestellt, seinen Hügel abzutragen zu lassen, weil er sein unbefreitbares Eigentum war, doch müsse er, ehe er die Abtragung vornehmen ließe, eine Sicherstellung von drei Millionen Dollar leisten, die als Entschädigung dienen sollten, falls meinem Oheim dadurch sein Echoanteil zerstört würde. Ferner wurde entschieden, daß mein Oheim seines Nachbarn Hügel nicht zum Hervorbringen des Echos ohne des andern Erlaubnis benutzen dürfe; er sollte dazu nur seinen eigenen Hügel benutzen. Freilich könne dann sein Echoanteil nicht zur Geltung kommen, doch der Gerichtshof könne da nicht helfen. Auch dem Gegner wurde verboten, meines Oheims Hügel zum Hervorbringen seines Echoanteils zu benutzen. Das Resultat ist deutlich zu erkennen! Weder der eine noch der andere konnte den Widerhall hervorbringen, und das merkwürdigste und größte aller Echos schweigt gänzlich. Seit dieser Entscheidung hat dieser köstliche Besitz seinen Wert eingebüßt und ist unverkäuflich geworden.“

„Eine Woche vor meinem Hochzeitstage, während ich in Wonne schwamm und die Edelleute aus nah und fern zu Ehren unserer Vermählung herbeikamen, erhielt ich plötzlich die Nachricht vom Tode meines Oheims und gleichzeitig auch eine Abschrift seines Testaments, wonach ich zu seinem einzigen Erben bestimmt war. Ach, er war hingegangen; mein teurer Wohltäter war nicht mehr! Dieser schmerzliche Gedanke überwältigte mein Herz selbst inmitten dieser frohen Zeit. Ich übergab dem Carl die Abschrift des Testaments; ich konnte sie vor Tränen nicht lesen. Doch der Carl las sie und sprach dann ernst: ‚Mein Herr, nennen Sie das Reichtum? In Ihrer prahlerischen Heimat mag das sicherlich für ein Vermögen gelten. Sie sind nur der Erbe einer großen Sammlung Echos, wenn man überhaupt Sammlung nennen kann, was über den ganzen amerikanischen Kontinent hin zerstreut liegt. Doch noch mehr, Herr! Sie stecken über Hals und Kopf in Schulden; denn es gibt da kaum ein Echo, auf dem nicht eine Hypothek lastet. Ich bin kein harter Mensch, mein Lieber, aber ich muß die Interessen meines Kindes wahren. Wenn Sie nur ein einziges Echo besäßen, das Sie recht und richtig Ihr Eigentum nennen könnten, nur ein einziges, das frei von Schuldblasten wäre, so daß Sie sich dahin mit meinem Kinde zurückziehen könnten, um mit Fleiß und Mäßigkeit Ihren Lebensbedarf zu erwerben, so würde ich nicht nein sagen. Aber ich kann einem Bettler nicht mein Kind geben. Laß ihn, mein Kind! — Gott befohlen, Herr. Ziehen Sie fort mit Ihren verpfändeten Echos und meiden Sie mein Haus für immer.‘“

„Meine edle Celestine schlang weinend ihre Arme um meinen Nacken und schwur, daß sie willig, nein, freudig mich heiraten wolle, selbst wenn ich kein einziges Echo der Welt besitze. Doch es konnte nicht sein. Wir mußten scheiden — sie, um innerhalb eines Jahres hinzuwelteln und zu sterben, ich, um die lange Lebenswanderung einsam und traurig fortzusetzen, täglich, stündlich zum Himmel stehend, ich möge sie sicher dort wiederfinden, wo alles Erdenleid ein Ende hat. — Jetzt, mein Herr, haben Sie wohl die Güte, diese Karten und Pläne in meiner Mappe hier zu betrachten. Ich bin dessen gewiß, daß ich Ihnen wohlfeiler als irgend einer ein Echo verkaufen kann. Sehen Sie dieses! Es kostete meinen Oheim vor dreißig Jahren zehn Dollar, ich will es Ihnen —“

„Gestatten Sie, daß ich Sie unterbreche,“ rief ich aus. „Ich habe heute, mein Lieber, keinen Augenblick Ruhe vor Agenten. Ich kaufte eine Nähmaschine, die ich nicht brauche, eine Landkarte, die voll Fehler ist, eine Uhr, die nicht gehen will. Ich habe eine Motteninktur gekauft, welche die Motten sehr zu lieben scheinen; ich habe eine Menge des unnützeften Zeugnis der Welt mir eingewirtschaftet, doch jetzt ist es genug. Ich möchte Ihre Echos auch nicht geschenkt haben. An Ihrer Stelle würde ich nicht hier bleiben. Ich hasse stets die Leute, die mir Echos verlaufen wollen. Sehen Sie diese Pläne! Nehmen Sie Ihre Sammlung und trolten Sie damit fort, laden Sie keine Blutschuld auf mein Haupt.““

Doch er lächelte nur, ein trauriges, sanftes Lächeln, und kramte noch mehr seiner Planstücken heraus. Das Resultat kann sich jeder leicht denken, denn wo einmal ein Agent ins Haus gelassen wurde, ist das Malheur bald geschehen.

Nach einem Stündchen schloß ich mit dem Manne ab. Ich kaufte ein Doppelsecho im besten Zustande, und er gab noch ein anderes zu, das, wie er sagte, nicht verkäuflich war, weil es nur deutsch sprach. „Es war,“ bemerkte er noch, „ein völliges Polyglott (vielsprachig), doch hat seine Sprachfähigkeit irgendwie abgenommen.“

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Maria Reiffen (Humboldt), Wilhelmstraße 10, Postfach 100, Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Cotta in Stuttgart.